

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XLIX
Abkürzungsverzeichnis	LV
Einleitung	LXIII

A. Erbrecht

1. Abschnitt. Einführung

	<i>Rn</i>	Seite
§ 1 Der Übergang des Vermögens	1	1
I. Einführung	1	1
II. Der Übergang des Vermögens.	2	2
1. Erbfähigkeit	2	2
2. Übergang der Rechte und Pflichten.	3	2
a) Übergang von Eigentum, Berechtigungen und höchstpersönlichen Rechten	3	2
b) Nachlasszugehörigkeit von Ansprüchen aus Lebensversicherungsverträgen	5	3
III. Vererblichkeit von Geschäfts- und Gesellschaftsanteilen sowie Handelsgeschäften	9	5
1. GmbH-Geschäftsanteile	10	5
2. Aktien	11	6
3. Anteile an Gesellschaften bürgerlichen Rechts.	12	6
4. Anteile an offenen Handelsgesellschaften	15	7
a) Nachfolge aufgrund einer Eintrittsklausel	17	8
b) Nachfolge aufgrund einer Nachfolgeklausel	18	9
aa) Einfache Nachfolgeklausel	19	9
bb) Qualifizierte Nachfolgeklausel	20	10
cc) Vertiefende Hinweise zur qualifizierten Nachfolgeklausel	21	11
c) Wertung der verschiedenen Klauseln	26	14
5. Anteile an Kommanditgesellschaften	27	15
6. Einzelkaufmännische Handelsgeschäfte	28	15

2. Abschnitt. Der erbrechtliche Erwerb des Nachlasses

§ 2 Die gesetzliche Erbfolge und die Geltung deutschen Erbrechts	1	16
I. Die gesetzliche Erbfolge	1	16
1. Das Erbrecht der Verwandten	2	16
a) Die Erben erster Ordnung	2	16
b) Die Erben zweiter Ordnung	4	17
c) Die Erben dritter und entfernterer Ordnungen	5	17
d) Gleichzeitiger Tod des Erblassers und der vorgesehene Erben	6	17
2. Das Erbrecht des Ehegatten.	7	17
a) Die nichterhöhte Erbquote des Ehegatten bei Gütergemeinschaft.	8	17
b) Die Erbquote des Ehegatten bei Gütertrennung.	9	18

	Rn	Seite
c) Die Erbquote des Ehegatten bei Zugewinnngemeinschaft.	10	18
aa) Erhöhung der Erbquote	10	18
bb) Modifizierte Zugewinnngemeinschaft	11	19
cc) Zugewinnausgleich und Pflichtteilsrecht	12	19
d) „Gesetzliche Vermächtnisse“	17	21
e) Der Ausschluss des Ehegattenerbrechts	18	21
3. Das Erbrecht des Lebenspartners.	19	21
II. Geltungsbereich des deutschen Erbrechtes	20	21
1. Deutsche Erblasser mit Auslandsvermögen	21	22
2. Ausländer mit Inlandsvermögen	23	23
3. Forum-shopping.	25	24
4. Haager Übereinkommen	28	25
5. Internationale Zuständigkeiten.	29	25
§ 3 Die gewillkürte Erbfolge durch Testament	1	26
I. Grundfragen der gewillkürten Erbfolge	1	26
II. Das Testament und die Testierfähigkeit.	2	26
1. Die Testierfähigkeit	2	26
2. Testamentsformen	3	27
III. Das (ordentliche) einfache Testament.	4	27
1. Das öffentliche Testament.	4	27
a) Die Errichtung	4	27
b) Die Verwahrung	5	28
2. Das eigenhändige, private Testament	6	28
a) Die Errichtung	6	28
b) Der Testierwille	10	29
c) Die Verwahrung und die Ablieferungspflicht	11	29
3. Öffentliches oder privates Testament?.	12	30
IV. Das (ordentliche) gemeinschaftliche Testament	16	31
1. Allgemeines.	16	31
a) Die Errichtung	17	31
b) Veröffentlichung sämtlicher Anordnungen	18	32
c) Der Testierwille	19	32
d) Die Aufhebung der Ehe	20	33
2. Das Berliner Testament	21	33
a) Unterschiede	22	33
b) Abwägung	25	34
c) Hohe Erbschaftsteuerbelastung	26	34
d) Weitere Vorkehrungen	27	34
3. Wiederverheirathungsklauseln	28	35
a) Wiederverheirathungsklauseln und Trennungsprinzip	29	35
b) Wiederverheirathungsklauseln und Einheitsprinzip	30	35
c) Sonstige Folgen der Wiederheirat	31	36
d) Empfehlungen	32	36
4. Die Bindungswirkung gemeinschaftlicher Ehegattentestamente	35	37
a) Verfügungen, die der Bindungswirkung fähig sind.	36	37
b) Rechtsfolgen der Wechselbezüglichkeit.	38	38
c) Vermeidung und Entfallen der Bindungswirkung	41	40
d) Regelungsbefugnisse	42	40
e) Bindung des Ehegatten?	43	41
V. Das außerordentliche Testament	44	42
VI. Der Widerruf des Testaments	45	43
1. Die Widerrufsmöglichkeiten	45	43
a) Widerrufstestament	46	43

	<i>Rn</i>	<i>Seite</i>
b) Errichtung eines widersprechenden Testaments	47	43
c) Vernichtung der Testamentsurkunde	48	43
d) Widerruf des öffentlichen Testaments durch Rücknahme aus der Verwahrung	50	44
e) Eröffnung widerrufenen Testamente	51	44
2. Der Widerruf des Widerrufs	52	44
§ 4 Die gewillkürte Erbfolge durch Erbvertrag	1	45
I. Einführung	1	45
II. Die Errichtung und Verwahrung des Erbvertrages	4	45
III. Arten des Erbvertrages	5	46
1. Erbverträge mit Bindungswirkung	5	46
2. Gemeinschaftliche Erbverträge	8	47
3. Entgeltliche und unentgeltliche Erbverträge	9	47
IV. Schutz des Bedachten und des Vertragspartners	10	48
1. Schutz durch Bindungswirkung	10	48
2. Schutz des Bedachten vor ihn beeinträchtigenden Schenkungen a) Rechtslage	11	48
b) Gestaltungsempfehlungen	12	49
V. Die Lösung von Bindungswirkung und Erbvertrag	13	50
1. Die Aufnahme von Vorbehalten	14	50
2. Die Aufhebung des Erbvertrages	15	50
3. Der Rücktritt vom Erbvertrag	18	51
§ 5 Auslegung, Anfechtbarkeit, Nichtigkeit und Unwirksamkeit letzt- williger Verfügungen	1	52
I. Auslegung und Auslegungsvertrag	1	52
1. Die Auslegung und die erläuternde Auslegung	1	52
2. Die ergänzende Auslegung	3	53
3. Die wohlwollende Auslegung	4	54
4. Besondere gesetzliche Auslegungsregeln	5	54
5. Der Auslegungsvertrag	10	55
II. Die Anfechtung der Verfügungen von Todes wegen	11	56
1. Allgemeines	11	56
2. Die Anfechtung wegen Irrtums	12	57
3. Die Durchführung und Wirkung der Anfechtung	14	58
4. Die Anfechtung des Erbvertrages	18	59
5. Die Anfechtung des gemeinschaftlichen Testamentes	19	60
III. Nichtigkeit und Unwirksamkeit des Testamentes	22	60
1. Formale Nichtigkeit	23	61
2. Inhaltliche Nichtigkeit	24	61
a) Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot	24	61
b) Verstoß gegen die guten Sitten	25	61

3. Abschnitt. Die Anordnungen des Erblassers

§ 6 Die Erbeinsetzung	1	62
I. Erbeinsetzung und Enterbung	1	62
1. Die Erbeinsetzung auf Quoten und die gegenständliche Erbeinsetzung	1	62
2. Die Abgrenzung zum Vermächtnis	6	64
II. Die Anwachsung	7	65
III. Ersatzerben und Ersatzerbeinsetzung	8	65
IV. Erbenbestimmung durch Dritte	10	66
V. Bedingte Erbeinsetzung; Verwirkungs- und Strafklauseln	15	68
1. Begriffsbestimmung und Rechtslage	15	68

	<i>Rn</i>	<i>Seite</i>
2. Besondere Verwirkungsklauseln	19	70
3. Allgemeine Verwirkungsklauseln	23	71
§ 7 Vermächnisse	1	72
I. Überblick	1	72
II. Der Erwerb des Vermächtnisanspruches	2	73
1. Anfall und Fälligkeit des Vermächtnisanspruches	2	73
2. Die Bestimmung des Vermächtnisnehmers und des Vermächtnisgegenstandes	6	74
III. Die Haftung des Beschwerten	7	75
1. Die Haftung des Erben	8	75
2. Die Haftung des Vermächtnisnehmers	12	76
IV. Arten der Vermächnisse	13	77
1. Das Vorausvermächtnis	13	77
2. Das Nachvermächtnis	18	78
3. Das Stück- und das Verschaffungsvermächtnis.	21	79
4. Das Wahl- und das Gattungsvermächtnis.	23	80
5. Das Nießbrauchsvermächtnis.	24	81
a) Der Nießbrauch am Nachlass.	25	81
b) Der Nießbrauch am Erbteil.	27	82
c) Quotennießbrauch und andere Gestaltungen	29	83
d) Nießbrauchsvermächtnis oder Vorerbschaft?.	30	83
e) Nießbrauchsvermächtnisse und Unternehmensnachfolge	31	84
6. Das Renten- und das Wohnrechtsvermächtnis.	32	85
§ 8 Vor- und Nacherbfolge	1	86
I. Allgemeines	1	86
1. Begriff und Bedeutung	1	86
2. Die Anordnung der Vor- und Nacherbfolge	4	87
II. Stellung des Nacherben	10	89
1. Die Zeit zwischen Erbfall und Nacherbfall.	10	89
2. Die Zeit nach dem Nacherbfall	11	90
III. Stellung des Vorerben	13	90
1. Nichtbefreiter Vorerbe.	13	90
a) Verfügungsbeschränkungen	14	90
b) Surrogation	18	92
c) Verwaltung des Nachlasses durch den Vorerben	19	93
2. Befreiter Vorerbe	20	93
3. Möglichkeiten zur Stärkung der Rechtsmacht des Vorerben.	22	94
4. Alternativen zur Vor- und Nacherbschaft: Herausgabevermächtnis und Nießbrauchsvermächtnis	23	95
IV. Der Vorerbe als Unternehmensnachfolger	25	96
1. Der Vorerbe als Gesellschafter einer Personengesellschaft	25	96
2. Der Vorerbe als Gesellschafter einer Kapitalgesellschaft.	31	99
§ 9 Testamentsvollstreckung und Vollmacht auf den Todesfall	1	100
I. Begriff, Bedeutung und Anordnung der Testamentsvollstreckung	1	100
1. Allgemeines.	1	100
2. Die Anordnung der Testamentsvollstreckung	2	100
3. Die Typen der Testamentsvollstreckung.	4	102
4. Beginn und Ende der Testamentsvollstreckung	6	103
II. Die Rechtsstellung des Testamentsvollstreckers.	10	105
1. Die Abwicklungs- und die Verwaltungsvollstreckung	10	105
a) Abwicklungs-Testamentsvollstreckung.	10	105
b) Verwaltungsvollstreckung	11	106
2. Die Befugnisse und Aufgaben des Testamentsvollstreckers.	13	107

	<i>Rn</i>	Seite
a) Die Verwaltung des Nachlasses	13	107
b) Zur Verfügungsbefugnis des Testamentsvollstreckers	15	108
c) Das Eingehen von Verpflichtungen für den Nachlass	17	109
d) Die Prozessführung und die Zwangsvollstreckung bei angeordneter Testamentsvollstreckung	20	110
e) Steuerrechtliche Pflichten	24	112
aa) Die vor dem Erbfall entstandenen Steuern	25	112
bb) Die durch den Erbfall entstandene Steuer	26	113
cc) Die nach dem Erbfall entstehenden Steuern	28	115
3. Das Verhältnis zwischen Testamentsvollstrecker und Erben	29	115
a) Nachlassverzeichnis, Auskunftspflicht und Rechnungs- legung	30	115
b) Ordnungsgemäße Verwaltung und Schadensersatzpflicht	31	116
c) Freigabe nicht mehr benötigter Nachlassgegenstände	32	116
d) Die Vergütung des Testamentsvollstreckers	33	117
4. Das Verhältnis zwischen mehreren Testamentsvollstreckern	40	121
5. Das Testamentsvollstreckerzeugnis	41	122
III. Testamentsvollstreckung an Unternehmen	42	122
1. Personengesellschaftsanteile und Handelsgeschäfte	42	122
a) Herstellung der unbeschränkten Haftung	46	124
aa) Treuhandlösung	47	124
bb) Vollmachtlösung	48	125
cc) Sonderregelungen aus dem Minderjährigen-Haftungs- beschränkungsgesetz (MHbeG)	49	125
dd) Fehlende testamentarische Anordnung	50	126
ee) Gestaltungsempfehlung	51	126
b) Überwindung des Grundsatzes der Höchstpersönlichkeit; Grenzen der Befugnisse des Testamentsvollstreckers	52	127
c) Nachlasszugehörigkeit des Personengesellschaftsanteils	55	129
d) Zusammentreffen des geerbten, unter Testaments- vollstreckung gestellten Anteils mit eigenen Anteilen des Erben	56	129
2. Kapitalgesellschaften	57	129
IV. Vollmacht auf den Todesfall	58	130
§ 10 Auflagen	1	132
I. Allgemeines	1	132
1. Begriff und Bedeutung	1	132
2. Der Anspruch auf Vollziehung	4	133
3. Empfehlungen bei der Anordnung von Auflagen	6	134
II. Auflagen zur Unternehmensfortführung	7	134
4. Abschnitt. Die Nachlass-Abwicklung		
§ 11 Ausschlagung und Annahme der Erbschaft	1	135
I. Ausschlagung und Annahme	1	135
1. Die Vornahme der Ausschlagung und Annahme	1	135
2. Rechtsfolgen der Ausschlagung	7	137
II. Nichtigkeit und Anfechtbarkeit von Ausschlagung und Annahme	10	138
1. Nichtigkeit	10	138
2. Die Anfechtung	11	138
§ 12 Die Haftung des Erben	1	140
I. Das Haftungssystem	2	140
1. Haftung und Haftungsbeschränkung	2	140
a) Nachlassverwaltung und Nachlassinsolvenzverfahren	2	140

	Rn	Seite
b) Die Dürftigkeits-, die Überschwerungs- und sonstige Einreden	4	142
c) Das Inventar	5	142
d) Das Aufgebotsverfahren.	6	143
e) Die Verschweigung	7	143
2. Die Nachlassverbindlichkeiten.	8	144
3. Besonderheiten der Haftung mehrerer Erben	9	144
4. Die Haftung von Vor- und Nacherben	14	146
II. Besondere Haftungslagen im Zusammenhang mit der Unternehmensnachfolge.	15	146
1. Die Haftung des Erben eines einzelkaufmännischen Unternehmens	15	146
2. Der Erbe eines Gesellschafters einer Personenhandelsgesellschaft.	16	147
a) Der Erbe eines Gesellschafters einer OHG	16	147
b) Der Erbe eines Gesellschafters einer KG	18	150
c) Der Erbe eines Gesellschafters einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts	20	150
3. Der Erbe eines Gesellschafters einer Kapitalgesellschaft	21	151
§ 13 Die staatlichen Aufgaben im Erbrecht und der Erbschein	1	151
I. Das Nachlassgericht und seine Aufgaben	1	151
1. Verwahrung und Eröffnung letztwilliger Verfügungen	2	152
2. Fürsorge und Sicherungsmaßnahmen.	3	152
II. Der Erbschein und das Erbscheinsverfahren	4	153
1. Der Erbschein	4	153
2. Das Erbscheinsverfahren	6	154
§ 14 Die Miterbengemeinschaft	1	155
I. Das Gesamthandsprinzip.	1	155
1. Die Verfügung über den Miterbenanteil	4	156
2. Die Verwaltung des Nachlasses.	6	157
a) Das Innenverhältnis	7	158
b) Das Außenverhältnis.	9	159
c) Besonderheiten bei Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen.	12	160
d) Gestaltungsempfehlungen	13	160
II. Die Auseinandersetzung	14	161
1. Die Auseinandersetzung und die Teilung.	14	161
a) Teilungsanordnungen und Vorausvermächtnisse	21	164
b) Übernahmerecht.	22	165
c) Gestaltungsempfehlungen	23	165
2. Ausgleichspflichten (§§ 2050 ff. BGB)	24	166
a) Voraussetzungen	24	166
b) Nachträgliche Anordnung	25	167
c) Gestaltungsempfehlungen	26	167
d) Durchführung und Ausgleichung	27	167
§ 15 Der Erbschaftsanspruch	1	169
§ 16 Der Erbschafts- und der Erbteilskauf	1	170

5. Abschnitt. Der Ausschluss von der Erbfolge

§ 17 Das Pflichtteilsrecht	1	172
I. Einführung	1	172
1. Pflichtteilsberechtigte	1	172
2. Der Pflichtteilsanspruch: Entstehung, Quote und Gegenstand	2	173

	<i>Rn</i>	<i>Seite</i>
3. Der Auskunfts- und der Wertermittlungsanspruch	5	174
a) Der Auskunftsanspruch	5	174
b) Der Wertermittlungsanspruch	11	176
c) Empfehlungen zur Durchsetzung von Auskunfts- und Wertermittlungsansprüchen	12	177
4. Der Wert des Nachlasses.	17	178
a) Bewertung	17	178
b) Berechnung des Anspruches	20	179
5. Stundung des Pflichtteilsanspruches	21	180
6. Die Verjährung, der Ausschluss und die Beschränkung des Pflichtteilsrechts	22	180
a) Die Verjährung	22	180
b) Der Ausschluss des Pflichtteils	24	181
aa) Ausschluss durch Verlust des Erbrechts und Verzicht	24	181
bb) Ausschluss durch Pflichtteilsentziehung	25	181
c) Die Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht	26	182
7. Die Pflichtteilslast	27	182
II. Der Schutz des Pflichtteilsberechtigten	31	184
1. Die Vervollständigungsansprüche	32	184
a) Der Pflichtteilsrestanspruch (§ 2305 BGB).	32	184
b) Beschränkungen und Beschwerden (§ 2306 BGB).	36	185
aa) § 2306 Abs. 1 S. 1 BGB	37	185
bb) § 2306 Abs. 1 S. 2 BGB	38	186
c) Vermächtnisse (§ 2307 BGB).	39	187
d) Empfehlung: Verwirkungsklausel	40	187
e) Ausschlagung und Nachlassbeteiligung	41	188
2. Anrechnungs- und Ausgleichungsbestimmungen	42	189
a) Anrechnung	42	189
b) Ausgleich.	43	189
3. Der Pflichtteilsergänzungsanspruch wegen Schenkungen	44	190
a) Einführung	44	190
b) Besonderheiten.	47	192
aa) Fristbeginn.	47	192
bb) Der Pflichtteilsberechtigte	48	193
cc) Der Schenkungsbegriff	49	193
dd) Die Bewertung der Schenkung	50	194
III. Strategien und Gestaltungsempfehlungen zur Verringerung oder Vermeidung von Pflichtteilsansprüchen	52	195
1. Güterstand	52	195
2. Der Voraus	53	196
3. Der Erb- und Pflichtteilsverzicht	54	196
4. Vorweggenommene Erbfolge, Zuwendung unter Lebenden	55	196
5. Vor- und Nacherbschaft, Vor- und Nachvermächtnis, befristetes Herausgabevermächtnis	57	197
6. Gesellschaftsgründung	58	198
7. Verlagerung von Vermögen in das Ausland.	59	198
8. Pflichtteilsrecht und Verfassungsrecht	59	199
IV. Pflichtteils- und Gesellschaftsrecht	60	199
1. Pflichtteilsrecht und Unternehmensnachfolge bei Kapital- gesellschaften	60	200
2. Pflichtteilsrecht und Unternehmensnachfolge bei Personen- gesellschaften und einzelkaufmännischen Unternehmen.	61	200
a) Keine Klauseln oder schlichte Fortsetzungsklausel	62	200

	<i>Rn</i>	Seite
b) Eintrittsklauseln	65	201
c) Nachfolgeklauseln	66	202
d) Einzelkaufmännisches Unternehmen	67	202
e) Pflichtteilergänzungsansprüche bei lebzeitiger Aufnahme in eine Personengesellschaft und bei lebzeitiger Übertragung von Anteilen oder einzelkaufmännischen Unternehmen.	68	203
f) Bewertung	70	204
aa) Einzelkaufmännische Unternehmen	70	204
bb) Personengesellschaften	73	206
cc) Kapitalgesellschaftsanteile	77	209
§ 18 Der Erb- und der Pflichtteilsverzicht sowie die Erbunwürdigkeit.	1	210
I. Allgemeines	1	210
1. Einführung	1	210
2. Empfehlungen	3	211
3. Stillschweigend geschlossene Verzichte und bloße Abfindungs- erklärungen	5	212
a) Stillschweigend geschlossene Verzichte	5	212
b) Bloße Abfindungserklärungen	6	213
4. Aufhebung und Beseitigung des Erbverzichts	7	213
II. Die Folgen des Verzichts für Abkömmlinge des Verzichtenden	9	214
1. Verzicht auf das gesetzliche Erbrecht	9	214
2. Verzicht auf das Pflichtteilsrecht	12	215
3. Verzicht auf gewillkürte Zuwendungen	13	215
III. Die Erbunwürdigkeit	14	216

Teil B. Vorweggenommene Erbfolge

1. Abschnitt. Grundfragen

§ 19 Einleitung	1	219
I. Definition	1	219
II. Vorteile	2	220
1. Allgemeine Vorteile	3	220
2. Steuerliche Vorteile	4	220
III. Nachteile	5	221
§ 20 Schuldrechtliche und steuerrechtliche Einordnung der vorweg- genommenen Erbfolge	1	221
I. Grundsatz: Schenkung	1	221
1. Schenkung im Sinne der Legaldefinition	3	222
2. Besonderheiten bei „schenkweiser“ Gesellschaftsbeteiligung	12	224
a) OHG und Einzelhandelsgeschäft	12	224
b) GbR-Anteil	15	226
c) KG-Anteil	16	226
d) Beteiligung an stiller Gesellschaft und Unterbeteiligung	17	226
e) Partnerschaftsgesellschaft	18	226
f) Vereinbarungen in Gesellschaftsverträgen	19	227
3. Gemischte Schenkung und Schenkung unter Vorbehalt des Nießbrauchs	22	228
4. Schenkung unter Auflage	24	229
5. Zweckschenkung	25	230
6. Schenkung von Todes wegen und Schenkung aufschiebend bedingt auf den Tod des Schenkers	26	230

	Rn	Seite
II. Entgeltlicher Austauschvertrag	27	233
III. Leihe	31	234
IV. Pacht	32	234
V. Kauf	33	235
VI. Ausstattung	34	236
VII. Ehebedingte oder lebenspartnerschaftsbedingte Zuwendungen . .	35	236
VIII. Steuerrechtliche Einordnung der vorweggenommenen Erbfolge .	37	237
§ 21 Zivilrechtliche Formvorschriften	1	238
I. Formbedürftigkeit der Schenkung	1	238
1. Beurkundung des Schenkungsversprechens	1	238
2. Zuwendungen durch Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall	4	239
3. Heilung des Formmangels durch Vollziehung der Schenkung . .	5	240
a) Vollziehung bei Zuwendung eines KG-Anteils	6	241
b) Vollziehung bei Zuwendung der Beteiligung an einer Innengesellschaft	9	242
c) Vollziehung bei Zuwendung einer Beteiligung als Gesell- schafter an einer GbR, oHG oder als Komplementär an einer KG	10	243
d) Zuwendung durch Abfindungsklauseln	11	244
II. Formbedürftigkeit der Zuwendung von GmbH-Anteilen	12	244
III. Formbedürftigkeit der Zuwendung eines Nießbrauchs	13	244
IV. Formbedürftigkeit der Zuwendung von Grundvermögen	14	245
V. Formbedürftigkeit der Zuwendung des gegenwärtigen Vermögens oder des Nachlasses	18	247
VI. Formbedürftigkeit des Erb- und Pflichtteilsverzichts	19	247
VII. Formerfordernisse für Gesellschaftsverträge	20	247
VIII. Formbedürftigkeit des Leibrentenversprechens	21	248
IX. Vertraglich vereinbarte Formerfordernisse	22	248
X. Registerrechtliche Formerfordernisse	23	248
§ 22 Gesellschaftsrechtliche Zustimmungserfordernisse und Stimmquoten .	1	249
I. Zustimmungserfordernis in Personengesellschaften	2	250
1. Grundlagengeschäfte	3	250
2. Kreis der Grundlagengeschäfte	4	251
3. Geschäftsführungsmaßnahmen	5	253
4. Kreis der zustimmungsbedürftigen Geschäftsführungs- maßnahmen	6	253
II. Zustimmungserfordernisse in kapitalistisch strukturierten Personengesellschaften	7	254
III. Zustimmungserfordernisse in Kapitalgesellschaften	8	254
1. Satzungsänderungen	8	254
a) Aktiengesellschaft	9	255
b) GmbH	10	255
2. Geschäftsführungs- und Strukturmaßnahmen	11	256
a) Aktiengesellschaft	11	256
b) GmbH	13	256
§ 23 Sonstige Zustimmungs- und Genehmigungserfordernisse	1	257
I. Zustimmung des Ehepartners und Lebenspartners	1	257
II. Ergänzungspflegerbestellung bei Rechtsgeschäften mit minderjährigen Kindern	3	258
III. Familiengerichtliche/vormundschaftsgerichtliche Genehmigung .	5	259
IV. Genehmigung nach dem Grundstücksverkehrsgesetz	8	261
V. Anmelde- und Anzeigepflichten nach dem GWB	9	261

	Rn	Seite
§ 24 Typische Verpflichtungen des Beschenkten oder anderer Erbanwärter im Rahmen der vorweggenommenen Erbfolge	1	261
I. Einleitung	1	261
II. Verpflichtungen des Empfängers gegenüber dem Schenker	3	263
1. Tatsächliche Versorgungsleistungen	3	263
2. Altenteil	4	263
3. Leibrente	6	264
4. Dauernde Last	7	265
5. Versorgungszeitrente	8	266
6. Abstandszahlungen an den künftigen Erblasser	9	266
7. Schenkung unter Nießbrauchsvorbehalt	10	266
8. Kombination von Nießbrauchsvorbehalt und Versorgungsleistungen	11	266
9. Wohnrechte	12	267
a) Dauerwohnrecht nach § 31 Abs. 1 WEG	13	267
b) Wohnungsrecht nach § 1093 BGB	14	267
c) Mitbenutzung einer Wohnung	15	267
d) Gewährung von Wohnraum als Reallast	16	268
III. Verpflichtungen des Empfängers gegenüber Dritten	17	268
1. Ausgleichszahlungen an andere Erbanwärter	17	268
2. Versorgungsrente an den Ehepartner des Schenkers	18	268
IV. Verpflichtungen der Erben gegenüber dem Schenker	19	268
1. Erb- und Pflichtteilsverzicht	19	268
2. Abstraktes Rechtsgeschäft des Erbverzichts	20	269
3. Schuldrechtliche Vereinbarung mit gesetzlichen Erben	21	270
V. Verbandliche Leistungen	22	270
1. Pensionsleistungen	22	270
2. Abfindungsleistungen	23	270
§ 25 Rückgängigmachen des Aktes der vorweggenommenen Erbfolge	1	273
I. Gesetzliche Rückforderungsmöglichkeiten des künftigen Erblassers bei Zuwendung durch Schenkung	1	273
1. Rückforderung wegen Bedürftigkeit	2	274
2. Widerruf wegen groben Undanks	3	275
3. Rückforderung bei Nichtvollziehung der Auflage	6	277
4. Rückforderung bei Zweckverfehlung	7	277
5. Wegfall der Geschäftsgrundlage	8	278
II. Gesetzliche Korrekturmöglichkeiten des künftigen Erblassers bei nicht als Schenkung zu qualifizierenden Zuwendungen	9	279
1. Ausstattung	10	279
2. Rückabwicklung im Falle der ehebedingten Zuwendung	11	279
a) Inanspruchnahme während der Ehe	12	280
b) Inanspruchnahme bei Scheidung einer Ehe im Güterstand der Gütertrennung	13	280
c) Inanspruchnahme bei Scheidung einer Ehe im Güterstand der Zugewinnngemeinschaft	14	280
d) Inanspruchnahme bei Scheidung einer Ehe im Güterstand der Gütergemeinschaft	15	281
III. Gesetzliche Korrekturmöglichkeiten der weichenden Erben	17	282
IV. Gesetzliche Korrekturmöglichkeiten des Zuwendungsempfängers	19	284
V. Ausschluss des gesetzlichen Rückforderungsrechts durch landesrechtliche Vorschriften über Altenteilvertrag	20	285
VI. Vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten	21	285

	Rn	Seite
1. Rückforderungsrechte	22	286
2. Widerrufsvorbehalte	23	287
3. Auflösende Bedingung	24	288
4. Freie Hinauskündigungsklauseln in Gesellschaftsverträgen	25	288
5. Abfindungsbeschränkungen im Gesellschaftsvertrag	26	289
§ 26 Sicherungsinstrumente für den Erblasser	1	289
I. Gesellschaftsvertragliche Sicherungs- und Kontrollinstrumente	1	289
1. Einleitung	1	289
2. Vinkulierung	2	290
a) GmbH-Anteile	3	290
b) Aktien	6	292
3. Bindung des Nachfolgers an die Gesellschaft	8	293
a) Lösung aus der Personengesellschaft	9	293
b) Lösung aus der Kapitalgesellschaft	10	294
4. Ungleiche Stimmgewichtsverteilung	12	295
a) Personengesellschaften	12	295
b) Kapitalgesellschaften	13	296
5. Stimmbindungsabsprachen	15	298
a) Einleitung	15	298
b) Personengesellschaften	16	298
c) Kapitalgesellschaften	17	299
6. Vorkaufs- und Ankaufsrecht	19	300
7. Kontrolle der Unternehmensleitung	20	300
8. Disparitätische Ausschüttungen	21	301
II. Grundbuchliche Sicherungen	22	302
1. Reallast	22	302
2. Grunddienstbarkeiten	23	303
3. Beschränkte persönliche Dienstbarkeit	24	303
4. Rentenschuld	25	304
5. Rückauffassungsvormerkungen	26	304
III. Rückforderungsrechte des Schenkers	27	304
IV. Güterstandsregelungen und Vermögensstandsregelungen	28	305
1. Zugewinnngemeinschaft	29	305
2. Gütertrennung	30	307
3. Gütergemeinschaft	31	307
4. Vermögensstand der Ausgleichsgemeinschaft nichtehelicher Lebenspartner	32	308
V. Verwaltungsanordnung für Zuwendungen an Minderjährige	33	308
1. Prinzip	33	308
2. Grundfälle des § 1638 Abs. 1 BGB	34	308
3. Verpflichtung zur Weitergabe der Schenkung unter Beachtung der Verwaltungsanordnung	35	310
4. Anforderungen an Eltern und Pfleger	36	310
5. Nutzbarmachung des § 1638 im Gesellschaftsrecht	37	311

2. Abschnitt. Gestaltungsformen zur Durchführung der Generationennachfolge

§ 27 Entscheidungsgesichtspunkte	1	313
I. Einleitung	1	313
II. Sicherung und Erhaltung des in dem Unternehmen oder der Unternehmensbeteiligung angelegten Vermögens	2	313
1. Vermögensbelastung durch Besteuerung	2	313

	Rn	Seite
2. Vermögensbelastung durch Pflichtteilsansprüche	3	314
3. Vermögensbelastung durch güterrechtliche Ansprüche.	5	315
III. Die Unternehmensführung	6	315
IV. Stellung des Erblassers im Unternehmen	7	316
V. Überblick über die wesentlichen Merkmale von Personen- und Kapitalgesellschaften	9	317
1. Wesentliche Merkmale der Personengesellschaften	10	318
2. Wesentliche Merkmale der Kapitalgesellschaften	17	320
3. Besonderheiten der Stiftung	25	322
VI. Rechtsformänderung.	26	323
§ 28 Übertragung des einzelkaufmännischen Unternehmens auf den Nachfolger.	1	324
I. Einleitung	1	324
II. Fortführung der Firma nach § 25 HGB	2	325
1. Kaufmannseigenschaft	2	325
2. Teilübertragung	4	325
3. Firmenfortführung	5	326
4. Haftungsumfang	6	326
5. Nachhaftung des früheren Inhabers	7	327
6. Besondere Verpflichtungsgründe im Sinne des § 25 Abs. 3 HGB	9	328
a) § 613 a BGB	9	328
b) § 75 AO 1977	11	328
III. Haftungsausschluss im Sinne des § 25 Abs. 2 HGB.	12	328
§ 29 Beteiligung des Nachfolgers am einzelkaufmännischen Unternehmen .	1	330
I. Rechtsformwechsel	1	330
1. Vor Eintragung der Gesellschaft	3	331
2. Nach Eintragung der Gesellschaft	4	332
II. Haftung der Gesellschaft	6	333
III. Neue Gesellschaft als Gesellschaft bürgerlichen Rechts	13	335
IV. Eintragung in die Handwerksrolle	14	336
V. Weitere Folgen	15	336
§ 30 Die Aufnahme des Nachfolgers in die Personengesellschaft	1	337
I. Begründung der Mitgliedschaft	1	337
1. Die Aufnahme	1	337
2. Minderjährige	4	338
3. Form	5	338
II. Die weiteren Folgen	8	340
1. Identität der Gesellschaft	8	340
2. Registerrechtliche Formerfordernisse	9	341
3. Die Haftung des eintretenden Gesellschafters	10	341
a) GbR, oHG-Gesellschafter und persönlich haftender Gesellschafter der KG	10	341
b) Partnerschaftsgesellschafter	12	341
c) Kommanditist	13	342
d) Stiller Gesellschafter	14	343
§ 31 Übertragung einer Gesellschaftsbeteiligung an einer Personengesellschaft auf den Nachfolger	1	344
I. Übertragung.	1	344
1. Personengesellschaften ohne stille Gesellschaft	1	344
2. Besonderheiten bei der stillen Gesellschaft	6	346
II. Weitere Folgen der Übertragung	9	347
III. Die Haftung von Alt- und Neugesellschaftern	10	347
1. Gesellschafter der GbR	10	347

	Rn	Seite
2. OHG-Gesellschafter und persönlich haftender Gesellschafter der KG	11	347
3. Kommanditist	13	348
4. Partnerschaftsgesellschafter	17	351
5. Stiller Gesellschafter	18	351
§ 32 Die Beteiligung des Nachfolgers an einer Kapitalgesellschaft	1	351
I. Die Begründung der Mitgliedschaft	1	351
1. Die Aufnahme durch Übernahme von Geschäftsanteilen/Aktien	1	351
2. Die Aufnahme durch Gründung der Kapitalgesellschaft bzw. durch Kapitalerhöhung	4	352
a) GmbH	4	352
b) Aktiengesellschaft	6	354
3. Aufnahme Geschäftsunfähiger oder Minderjähriger	9	355
4. Registerrechtliche Formerfordernisse	11	356
II. Die Haftung des Gesellschafters.	12	356
1. Verbindlichkeiten der Gesellschaft.	12	356
2. Einlageleistungen	13	356
§ 33 Die Übertragung der Mitgliedschaft an einer Kapitalgesellschaft	1	358
I. Übertragung.	1	358
II. Übertragung von GmbH-Anteilen	2	359
1. Vollziehung und Form	2	359
2. Haftung des Erwerbers	3	360
3. Einziehung von Geschäftsanteilen zur Sicherung der Familiennachfolge	4	360
III. Übertragung von Aktien	5	360
1. Vollziehung und Form	5	360
2. Haftung des Erwerbers	8	361
3. Einziehung von Geschäftsanteilen zur Sicherung der Familiennachfolge	9	362
IV. Aufnahme Geschäftsunfähiger oder Minderjähriger	10	362
§ 34 Gesellschaftsrechtliche Sonderfälle	1	363
I. Der Nießbrauch	1	363
1. Grundlagen	1	363
2. Bestellung des Nießbrauchs im Rahmen der Unternehmensnachfolge	8	365
a) Nießbrauch an einem Handelsgeschäft	9	365
b) Nießbrauch an Personengesellschaftsanteilen	19	367
c) Nießbrauch an Kapitalgesellschaftsbeteiligungen	24	369
d) Vorbehaltsnießbrauch an Betriebsvermögen	28	371
II. Die Unterbeteiligung	29	371
1. Grundlagen	29	371
2. Form.	34	374
3. Geschäftsunfähige oder Minderjährige	35	374

3. Abschnitt. Sonderfall Hofübergabe

§ 35 Überblick über das landwirtschaftliche Sondernachfolgerecht	1	376
I. Einleitung	1	376
II. Rechtsgrundlagen	2	376
III. Die wesentlichen Regelungen der Hofeordnung.	3	377
1. Hofeigenschaft des Betriebes	3	377
a) Art der Besetzung	3	377
b) Eigentumsverhältnisse	4	377
c) Wert und Größe	5	377

	Rn	Seite
2. Gesetzliche Hoferbenfolge	6	378
3. Hoferbenbestimmung.	7	379
4. Sondererbfolge.	9	380
5. Abfindung der weichenden Erben.	10	380
6. Die wesentlichen Regelungen des BGB zum Hoferbrecht.	13	381
a) Landgut	13	381
b) Anordnung des Erblassers.	14	382
c) Der Ertragswert	15	383
d) Ehescheidung.	16	383
7. Das landesrechtliche Anerbengesetz für Rheinland-Pfalz	17	384
8. Erteilung des Erbscheins, Landwirtschaftsgericht	18	384
IV. Lebzeitige Übertragung des Hofes im Wege der vorweg- genommenen Erbfolge nach der Höfeordnung.	19	384
1. Zivilrechtliche Einordnung und Abgrenzung zu anderen Geschäften	20	385
2. Wirksamkeitsvoraussetzungen der Hofübergabe	21	386
a) Geschlossene Übergabe	21	386
b) Die Vertragsparteien	22	386
c) Vertretung bei Vertragsschluss	23	387
d) Wirtschaftsfähigkeit des Übernehmers	24	387
e) Fehlen entgegenstehender Hoferbenbestimmung	25	387
f) Umgehung der Bindung durch Löschung der Hofeigen- schaft.	26	388
g) Rechtsfolge	27	389
h) Tod des Hofübergebers	28	389
i) Tod des Hofübernehmers	29	390
3. Formerfordernisse	30	390
4. Typischer Inhalt des Übergabevertrags	31	391
a) Gewährung des Altenteils	31	391
b) Übernahme der Hofesschulden	32	392
c) Abfindung der weichenden Erben.	33	392
d) Sicherung der weichenden Erben	35	393
e) Verfügungsverbot	36	394
f) Rheinische Hofübergabe	37	394
5. Genehmigung des Übergabevertrags	38	394
a) Zuständigkeit und Verfahren	38	394
b) Inhaltskontrolle des Vertrages.	39	395
c) Rechte weichender Erben im Genehmigungsverfahren	41	396
V. Übergabeverträge nach den Vorschriften des BGB	42	397
1. Höfeordnung.	43	397
2. Landesrechtliche Anerbengesetze	44	398
3. Landgüterrecht des BGB (§§ 2049, 2312 BGB, Art. 137 EGBGB)	45	398
4. Rechtslage in den neuen Bundesländern	46	398
§§ 36, 37 <i>In dieser Auflage nicht belegt</i>		400

C. Gesellschaftsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten

1. Abschnitt. Übersicht über die Gesellschaftsformen

§ 38 Einleitung	1	401
I. Personen- und Kapitalgesellschaften	1	401
II. Außen- und Innengesellschaften	6	402

	Rn	Seite
1. Außengesellschaften	6	402
2. Innengesellschaften	8	403
III. Grundsätzliche Eigenschaften der Personengesellschaften	10	403
1. Außengesellschaften	10	403
2. Innengesellschaften	14	405
IV. Grundsätzliche Eigenschaften der Kapitalgesellschaften.	19	406
1. Die GmbH	23	406
2. Die Aktiengesellschaft.	27	407
3. Die Kommanditgesellschaft auf Aktien.	29	407
4. Der eingetragene Verein	30	408
5. Die eingetragene Genossenschaft	31	408
V. Mischformen (Numerus clausus der Gesellschaftsformen)	32	408
1. Die GmbH & Co. KG	34	409
2. Die GmbH & Co. KGaA	38	410
3. Die Kapitalgesellschaft & Still	39	410
VI. Stiftung	40	410
VII. Vor- und Nachteile bei Vergleich zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften	41	411
1. Vorteile von Personengesellschaften.	42	411
2. Vorteile von Kapitalgesellschaften	45	412
3. Nachteile der Personengesellschaften	49	412
4. Nachteile der Kapitalgesellschaften	51	413
VIII. Verhältnis zwischen Erb- und Gesellschaftsrecht.	56	414
IX. Gesellschaftsrechtliche Formvorschriften	60	415
1. Personengesellschaften	60	415
2. Kapitalgesellschaften	63	415
3. Übertragung von Anteilen	64	415
X. Überlegungen mit Blick auf die Unternehmensnachfolge	65	416
1. Nachfolger in der Unternehmensleitung	66	416
2. Altersversorgung.	67	416
3. Verhinderung der Zersplitterung der Beteiligung.	68	416
4. Nachfolgerhaftung.	69	416
5. Verhinderung des erbfallbedingten Kapitalabflusses	70	417
6. Erbschaftsteuerplanung	71	417
§ 39 Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	1	417
I. Die Entstehung	1	417
1. Der Gesellschaftsvertrag	1	417
a) Mindestinhalt	2	417
b) Entstehungszeitpunkt	3	417
c) Form.	5	418
d) Rechtsnatur.	9	418
e) Gesellschafter.	10	419
2. Andere Entstehungsgründe.	11	419
a) Umwandlung.	11	419
b) Rechtsformverfehlung oder -verlust	12	419
3. Gemeinsamer Zweck	13	419
a) Gegenstand	13	419
b) Anwendungsbereiche	15	420
c) Abgrenzung zu schlichten Rechtsgemeinschaften.	17	420
4. Förderungspflichten	19	420
II. Innenverhältnis der Gesellschafter	20	421
1. Rechte und Pflichten der Gesellschafter untereinander.	20	421
a) Allgemeines.	20	421

	Rn	Seite
b) Förderungspflichten	24	421
c) Treuepflicht	26	422
d) Geschäftsführung	28	422
e) Mitverwaltungsrechte, Stimmrechte	32	423
f) Informations- und Kontrollrechte	35	424
g) Gewinn- und Verlustbeteiligung	36	424
h) Anspruch auf das Auseinandersetzungsguthaben	39	424
i) Übertragbarkeit von Gesellschaftsrechten	40	425
2. Zuordnung des Gesellschaftsvermögens	44	425
3. Verfügung und Vollstreckung	48	426
III. Außenbeziehungen der Gesellschafter	50	426
1. Keine Rechtsfähigkeit	50	426
2. Firma	52	427
3. Vertretung	53	428
4. Haftung	55	428
a) Allgemeines.	55	428
b) Verpflichtungen aus Rechtsgeschäften	56	429
c) Haftung für gesetzliche Ansprüche der Gläubiger	57	429
d) Gesellschafterforderungen aus dem Gesellschaftsverhältnis	61	430
e) Gesellschafter-Gläubigerforderungen	62	430
f) Keine Haftung für Privatschulden der Gesellschafter	63	430
g) Haftungsbeschränkung	64	431
IV. Ausscheiden und Wechsel von Gesellschaftern	65	431
1. Das Ausscheiden	65	431
a) Voraussetzungen	65	431
b) Rechtsfolgen des Ausscheidens.	67	432
c) Zweigliedrige Gesellschaft	69	432
2. Abfindungsanspruch	70	433
3. Wechsel des Gesellschafters	74	434
4. Eintritt eines Gesellschafters	76	435
a) Voraussetzung	76	435
b) Rechtsfolgen des Eintritts.	77	435
5. Tod eines Gesellschafters	79	436
V. Beendigung und Auflösung	80	436
1. Allgemeines.	80	436
2. Auflösungsgründe	82	437
3. Rechtsfolgen der Auflösung	83	437
VI. Besonderheiten der Partnergesellschaft	85	437
1. Allgemeines.	85	437
2. Die Entstehung.	86	438
3. Die Innenbeziehungen	87	438
4. Die Außenbeziehungen	88	438
a) Vertretung	88	438
b) Haftung	89	438
5. Vererblichkeit der Partnerbeteiligung.	91	439
§ 40 Die offene Handelsgesellschaft	1	439
I. Allgemeines	1	439
1. Begriff.	1	439
2. Anwendungsbereiche	2	439
3. Rechtsnatur.	3	440
4. Kaufmannseigenschaft	4	440
5. Gesellschafter	5	440
II. Entstehung.	6	441

	Rn	Seite
1. Innenverhältnis	6	441
2. Außenverhältnis	7	441
3. Konstitutive Elemente.	8	442
4. Registerpflicht	9	442
5. Umwandlung.	10	442
III. Innenverhältnis der Gesellschafter	11	442
1. Rechte und Pflichten	11	442
a) Allgemeines.	11	442
b) Beitragspflichten	12	442
c) Treuepflichten/Wettbewerbsverbot	13	443
d) Geschäftsführung	14	443
e) Mitverwaltungsrechte.	16	444
f) Informations- und Kontrollrechte	17	444
g) Gewinn- und Verlustbeteiligung, Entnahmerechte	18	444
h) Aufwendungsersatzansprüche der Gesellschafter	20	445
2. Zuordnung des Gesellschaftsvermögens	22	445
3. Bilanzierung und Buchführungspflicht.	23	446
IV. Außenbeziehungen der Gesellschaft und der Gesellschafter	24	446
1. Die Firma der OHG	24	446
2. Vertretung	25	446
3. Haftung	27	447
a) Haftung der Gesellschaft	27	447
b) Haftung der Gesellschafter für Gesellschaftsschulden.	28	447
c) Haftung der eintretenden Gesellschafter	32	448
d) Haftung des ausscheidenden Gesellschafters	33	448
V. Wechsel und Ausscheiden von Gesellschaftern	34	448
1. Übertragung der Beteiligung	34	448
2. Ausscheiden eines Gesellschafters	35	449
3. Eintritt eines Gesellschafters	40	450
VI. Beendigung und Auflösung	41	450
1. Allgemeines.	41	450
2. Die Auflösungsgründe	42	450
a) Gesetzliche Auflösungsgründe.	42	450
b) Vertragliche Regelungen	43	450
3. Liquidation	44	451
§ 41 Die Kommanditgesellschaft	1	451
I. Allgemeines	1	451
1. Begriff.	1	451
2. Entstehung durch Gründung.	2	452
a) Im Innenverhältnis.	2	452
b) Im Außenverhältnis	3	452
3. Entstehung durch Umwandlung.	4	452
4. Anwendungsbereich.	5	452
5. Kaufmannseigenschaft	6	453
6. Rechtsnatur.	7	453
II. Der Komplementär – Rechte und Pflichten	8	453
III. Der Kommanditist – Rechte und Pflichten im Innenverhältnis.	9	453
1. Geschäftsführung	9	453
2. Treuepflicht, Wettbewerbsverbot	10	454
3. Kontrollrechte	11	454
4. Gewinn- und Verlustbeteiligung	12	454
5. Mitgliedschaft	13	454
IV. Außenbeziehungen der KG und der Gesellschafter.	14	455

	Rn	Seite
1. Firma	14	455
2. Vertretung	15	455
3. Haftung	16	455
a) Haftung des Komplementärs	16	455
b) Haftung des Kommanditisten	17	455
c) Haftung des ausgeschiedenen Kommanditisten	22	457
d) Haftung des eintretenden Kommanditisten	23	457
e) Haftung vor Eintragung der KG bzw. des Kommanditisten	24	457
f) Haftung in der Insolvenz	29	458
V. Beendigung und Auflösung	30	458
§ 42 Die GmbH & Co. KG	1	459
I. Allgemeines	1	459
1. Begriff und Struktur	1	459
2. Gestaltungsmöglichkeiten	3	459
3. Anwendungsbereiche	5	460
a) Doppel- oder mehrstöckige GmbH & Co. KG	6	460
b) Einheits-GmbH & Co. KG	7	460
4. Weitere Vorteile für die Rechtsnachfolge	8	460
II. Firma, Geschäftsführung und Vertretung	9	461
1. Firma	9	461
2. Geschäftsführung und Vertretung	10	461
III. Haftungsrechtliche Besonderheiten	11	462
1. Allgemeines.	11	462
2. Haftung vor Eintragung der GmbH & Co. KG	12	462
a) Vollkaufmännisches Handelsgewerbe.	13	462
b) Minderkaufmännisches Gewerbe	14	462
c) Fehlende Eintragung der KG.	15	463
3. Besonderheiten der anteilslosen Komplementär-GmbH	16	463
4. Haftungsrechtliche Sonderregeln	17	463
a) Hafteinlagenleistung durch Einlage des GmbH-Geschäfts- anteils	17	463
b) Eigenkapitalerhaltung.	19	464
c) Eigenkapitalersetzende Gesellschafterdarlehen	20	464
d) Haftung des Geschäftsführers der Komplementär-GmbH	21	465
IV. Organisation und Willensbildung	22	465
1. Informationsrechte.	22	465
2. Wettbewerbsverbot	23	465
3. Gesellschafterversammlung, Gesellschaftervertrag	24	466
V. Mitbestimmung.	25	467
VI. Auflösung, Liquidation und Insolvenz.	26	467
1. Auflösung, Liquidation	26	467
2. Insolvenz	27	467
§ 43 Stille Gesellschaft und Unterbeteiligung	1	468
I. Stille Gesellschaft	1	468
1. Allgemeines.	1	468
a) Begriff, Rechtsnatur und Erscheinungsformen	1	468
b) Anwendungsbereich	2	469
2. Abgrenzung zu ähnlichen Rechtsverhältnissen	3	469
a) Abgrenzung von anderen Personengesellschaften	3	469
b) Abgrenzung zu partiarischen Rechtsverhältnissen	4	470
c) Abgrenzung zu Treuhandverhältnissen	5	470
3. Voraussetzungen der Stillen Gesellschaft	6	470
a) Vertragsschluss, Gesellschafter	6	470

	Rn	Seite
b) Formerfordernisse	7	471
c) Vermögenseinlage	8	471
d) Gewinn- und Verlustbeteiligung	9	472
4. Rechte und Pflichten der Gesellschafter	10	472
a) Leistungspflichten des Geschäftsinhabers	10	472
b) Leistungspflichten des Stillen	11	472
c) Geschäftsführung und Vertretung	12	472
d) Informationsrechte des Stillen	13	473
e) Wettbewerbsverbote	14	473
f) Gewinn- und Verlustbeteiligung, Entnahmen	15	473
5. Verfügung über die Beteiligung bzw. das Handelsgeschäft	17	474
6. Auflösungsgründe	18	475
7. Auseinandersetzung	20	475
8. Auseinandersetzungsansprüche in der Insolvenz des Geschäftsinhabers	21	475
II. Die atypisch stille Gesellschaft	22	476
1. Begriff und Zweck	22	476
2. Steuerrechtliche Voraussetzungen der Mitunternehmerstellung	24	476
3. Haftungsrechtliche Konsequenzen	25	476
a) Auseinandersetzungsguthaben in der Insolvenz	25	476
b) Kapital aufgrund gesetzlicher Bestimmungen	26	477
III. GmbH & Still	27	477
1. Begriff und Zweck	27	477
2. Besonderheiten	28	477
a) Mitunternehmerstellung	28	477
b) Eigenkapitalersatz und Mitunternehmerschaft	29	478
c) Verdeckte Gewinnausschüttung	30	478
IV. Die Unterbeteiligung	31	478
1. Begriff und Wesen	31	478
2. Anwendungsbereich und Abgrenzungsfragen	32	478
3. Voraussetzungen, Rechtsgrundlagen, Arten	34	479
4. Rechte und Pflichten der Gesellschafter	39	480
5. Auflösung, Auseinandersetzung und Insolvenzfragen	45	481
§ 44 Nachfolge und Haftung bei Personengesellschaften	1	481
I. Nachfolgeregelungen auf den Todesfall bei Personengesellschaften	1	481
1. Überblick über die Rechtsfolgen bei Tod eines persönlich haftenden Gesellschafters	1	481
a) Die gesetzliche Regelung	1	481
b) Rechtsfolgen der gesetzlichen Lösung bei der GbR	3	482
c) Rechtsfolgen der gesetzlichen Lösung für die persönlich haftenden Gesellschafter der OHG und der KG	6	483
d) Regelungsmöglichkeiten	7	483
2. Fortsetzung ohne Erben (Fortsetzungsklausel)	10	484
a) Begriff, Wirkung, Form	10	484
b) Zweck, Vor- und Nachteile	12	485
c) Rechtsfolgen	13	486
d) Unterstützende Regelungen	17	487
e) Abfindungsansprüche der Erben, gesellschaftsrechtliche Beschränkungen	20	488
3. Fortsetzung mit Erben	23	489
a) Einfache Nachfolgeklauseln, Begriff, Bedeutung	23	489
b) Qualifizierte Nachfolgeklauseln, Begriff, Bedeutung	32	493
c) Kombinierte Nachfolge- und Umwandlungsklausel	43	495

	Rn	Seite
d) Rechtsgeschäftliche Nachfolgeklausel	50	498
e) Gesellschaftsvertragliche Modifizierungen	55	500
f) Erbrechtliche Modifizierungen	56	500
g) Eintrittsklausel	57	501
4. Tod des Kommanditisten	67	504
a) Allgemeines.	67	504
b) Regelungen der Rechtsstellung der Nachfolger	69	505
c) Haftungsfragen.	70	505
5. Testamentsvollstreckung an Personengesellschaftsanteilen	73	506
a) Zulässigkeit, Zweck	73	506
b) Umfang der Testamentsvollstreckerbefugnisse bei vollhaftenden Beteiligungen	83	509
c) Sonderfälle	85	510
6. Regelungen zur Abfindung weichender Erben	86	510
a) Allgemeines.	86	510
b) Gesellschaftsvertragliche Regelungen.	87	511
c) Formerfordernis	88	511
d) Ausgleichsansprüche der weichenden Erben.	89	511
II. Haftung der Nachfolger von vollhaftenden Beteiligungen an Personengesellschaften	90	512
1. Allgemeines.	90	512
a) Haftungsfolgen der Sondererbfolge	91	512
b) Sonstige Rechtsfolgen.	96	514
2. Das Wahlrecht des § 139 HGB	97	514
a) Funktion und Zweck	97	514
b) Anwendungsbereich.	98	514
c) Ausnahmen	99	515
3. Abwicklung	100	515
4. Rechtsfolgen	104	517
a) Überblick	104	517
b) Haftung des Nachfolger-Erben während der Schwebezeit	105	517
c) Haftung als persönlich haftender Gesellschafter	106	518
d) Haftung als Kommanditist	107	518
e) Haftung bei Ausscheiden	108	518
f) Haftung bei Auflösung der Gesellschaft vor Ablauf der Schwebezeit.	109	518
5. Unabdingbarkeit des Wahlrechts gemäß § 139 Abs. 5 HGB	110	519
III. Anmeldung zum Handelsregister.	111	519
IV. Besonderheiten bei der GmbH & Co. KG	112	520
§ 45 Gesellschaft mit beschränkter Haftung	1	520
I. Allgemeines	1	520
1. Rechtsnatur, Bedeutung, Ein-Mann-GmbH, Mindestkapital.	1	520
a) Rechtsnatur.	1	520
b) Bedeutung	3	521
c) Ein-Mann-GmbH.	5	521
d) Mindestkapital	6	521
2. Entstehung durch Gründung.	7	522
a) Form, Mindestinhalt	7	522
b) Bar- oder Sachgründung	12	523
c) Einzahlungserfordernisse	14	524
d) Anmeldung, Eintragung und Bekanntmachung	17	525
e) Mängel der Errichtung	18	525
3. Andere Entstehungsformen	20	526

	Rn	Seite
4. Probleme der Ein-Mann-Gründung	21	526
a) Trennungsprinzip	21	526
b) Eine Stammeinlage	22	526
c) Errichtungsurkunde	23	526
5. Leistung der Mindesteinlagen	25	526
II. Kapitalaufbringung, Kapitalerhaltung	26	527
1. Kapitalaufbringung	26	527
a) Mindestkapitalisierung	26	527
b) Eine Stammeinlage	27	527
c) Mindestinzahlungsvoraussetzungen	28	527
d) Einlageleistung	29	527
e) § 19 GmbHG	30	528
f) Ausfallhaftung	32	528
2. Kapitalerhaltung	33	528
a) §§ 30, 31 GmbHG	33	528
b) Kapitalersetzende Leistungen der Gesellschafter	34	529
c) Erwerb eigener Anteile	39	531
d) Änderungen des Stammkapitals	40	531
e) Unabdingbarkeit der Kapitalerhaltungsvorschriften	42	531
3. Stammeinlage und Geschäftsanteil	43	532
a) Stammeinlage	43	532
b) Geschäftsanteil	45	532
c) Vererblichkeit des Geschäftsanteils	57	534
III. Die Organe der GmbH	59	535
1. Die Geschäftsführer	59	535
a) Aufgaben und Pflichten	59	535
b) Vertretungsbefugnis	62	536
c) Bestellung und Abberufung	64	536
d) Haftung	73	539
2. Die Gesellschafter	83	541
a) Gesamtheit der Gesellschafter	83	541
b) Entscheidungsbefugnisse	84	541
c) Willensbildung	90	543
d) Stimmrechtsverbot	93	543
e) Fehlerhafte Beschlussfassungen	94	544
3. Andere Organe	95	545
IV. Rechtsverhältnis Gesellschafter/Gesellschaft	96	545
1. Verwaltungsrechte der Gesellschafter	96	545
a) Stimmrecht	96	545
b) Teilnahmerecht	101	547
c) Informationsrecht	102	547
2. Vermögensrechte	103	547
a) Gewinnbezugsrecht	103	547
b) Gewinnausschüttungsanspruch	105	548
c) Einschränkungen und Ausschluss des Gewinnanspruchs	106	548
d) Liquidationserlös	107	548
3. Sonderrechte	108	548
4. Pflichten der Gesellschafter	109	549
a) Einlagepflicht	109	549
b) Nebenleistungspflichten (§ 3 Abs. 2 GmbHG)	110	549
c) Nachschusspflichten (§ 26 GmbHG)	111	549
d) Treuepflichten und Wettbewerbsverbot	112	549
5. Haftung	114	551

	Rn	Seite
a) Allgemeines	114	551
b) Einzelhaftungstatbestände	115	551
c) Durchgriffshaftung	119	552
d) <i>In dieser Auflage nicht belegt</i>		553
e) Rückgewähr von Eigenkapital	127	553
f) Haftung der Gesellschafter vor Eintragung der GmbH.	128	553
V. Beendigung	131	554
1. Auflösung	131	554
a) Auflösungsgründe	132	554
b) Liquidation	133	555
2. Auflösungsklage	134	555
3. Einziehung und Austrittsrecht	136	555
a) Einziehung	136	555
b) Ausschließung	139	557
c) Austritt	141	558
4. Sonstige Auflösungsgründe	142	558
VI. Rechnungslegung/Bilanzierung	143	558
§ 46 Die Aktiengesellschaft	1	559
I. Allgemeines	1	559
1. Rechtsnatur und Zweck	1	559
2. Bedeutung	2	559
II. Entstehung	4	560
1. Umwandlung oder Formwechsel	4	560
2. Neugründung	5	560
a) Errichtung und Feststellung der Satzung	5	560
b) Übernahme aller Aktien	9	561
c) Weitere Eintragungsvoraussetzungen	10	561
d) Mindesteinlagevoraussetzungen	13	561
e) Anmeldung und Registerprüfung	14	562
3. Qualifizierte Gründung (§§ 26, 27 AktG)	15	562
a) Sondervorteile und Vergütungszusagen	15	562
b) Sacheinlagen und Sachübernahmen	16	562
c) Nachgründung (§§ 52, 53 AktG)	17	563
4. Heilung von Gründungsmängeln	18	563
5. Haftung der Gründungsbeteiligten	19	563
III. Grundkapital, Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung	20	564
1. Begriff und Bedeutung des Grundkapitals/Mindestkapitals	20	564
2. Kapitalaufbringung	22	564
a) Bar- oder Sacheinlagen	22	564
b) Schutzregeln	23	564
3. Kapitalerhaltung	24	565
a) Rückgewähr von Einlagen, unzulässige Gewinnausschüttung	24	565
b) Schutzregeln	25	565
4. Sonstiger Vermögensschutz	26	565
a) Problem eigenkapitalersetzender Darlehen	26	565
b) Andere gesetzliche Schutzregeln	27	566
5. Kapitalveränderungen	28	566
a) Kapitalerhöhungen	28	566
b) Kapitalherabsetzung	32	567
IV. Innere Organisation	33	567
1. Grundlagen	33	567
2. Der Vorstand	35	568

	<i>Rn</i>	<i>Seite</i>
a) Aufgaben und Stellung	35	568
b) Bestellung, Abberufung, Anstellung	38	569
c) Persönliche Voraussetzungen	39	569
d) Zusammensetzung	40	569
e) Organisation und Geschäftsordnung	41	569
f) Beendigung.	42	570
g) Pflichten, Haftung.	43	570
3. Der Aufsichtsrat	45	570
a) Aufgaben und Stellung	45	570
b) Bestellung, Abberufung und Dauer	46	571
c) Persönliche Voraussetzungen	47	572
d) Zusammensetzung.	48	572
e) Innere Ordnung	49	572
f) Sorgfaltspflichten, Haftung	51	573
4. Hauptversammlung	52	573
a) Zuständigkeiten, Stellung	52	573
b) Entscheidungsbefugnis der Hauptversammlung	53	574
c) Verfahren, Form	54	574
d) Beschlussfassung, Stimmrecht	56	574
V. Rechtsstellung des Aktionärs	62	577
1. Rechte	62	577
a) Verwaltungsrechte	62	577
b) Vermögensrechte.	64	577
c) Gleichbehandlungsgrundsatz.	65	578
2. Pflichten.	66	578
3. Sonderrechte und Gattungsvorrechte	67	578
VI. Übertragung der Mitgliedschaftsrechte	68	578
1. Übertragung von Inhaberaktien	69	579
2. Namensaktien	70	579
3. Vererbung.	73	580
VII. Rechnungslegung, Publizität	74	580
VIII. Beendigung, Auflösung	75	580
§ 47 Die Kommanditgesellschaft auf Aktien	1	581
I. Allgemeines	1	581
1. Rechtsnatur	1	581
2. Bedeutung	2	581
3. Anzuwendendes Recht	4	582
II. Entstehung, Beendigung, Übertragung, Beitritt	5	582
1. Entstehung	5	582
2. Beendigung.	6	582
3. Übertragung, Beitritt	8	583
III. Die innere Organisation	9	583
1. Der persönlich haftende Gesellschafter	9	583
2. Die Kommandit-Aktionäre und die Hauptversammlung	12	583
3. Der Aufsichtsrat	13	584
4. Mitbestimmung	14	584
IV. Vermögensordnung	15	584
V. Vorzüge der KGaA für Familiengesellschaften und Rechtsnachfolge.	16	585
§ 48 Nachfolgeregelungen bei Kapitalgesellschaften	1	586
I. Grundsätzliches	1	586
1. Vererblichkeit des GmbH-Anteils bzw. der Mitgliedschaftsrechte des Aktionärs, Übergang auf Erben	1	586

	Rn	Seite
2. Kein Ausschluss der Vererblichkeit durch Satzung	2	586
3. Mehrheit von Erben	3	587
4. Auseinandersetzung unter den Erben	4	587
5. Testamentsvollstreckung an Beteiligungsrechten	7	588
6. Vor- und Nacherbschaft.	8	588
II. Nachfolgeregelungen in der Satzung der GmbH.	9	589
1. Allgemeines.	9	589
2. Einziehungsklauseln.	10	589
3. Abtretungsklauseln	17	592
4. Einziehungs- und Abtretungsentgeltregelungen	22	593
5. Sonstige Regelungen	26	594
a) Vinkulierung	26	594
b) Suspendierung der Verwaltungsrechte	27	594
c) Bestimmungsrecht für Abtretungsbegünstigten	28	595
d) Teilung von Geschäftsanteilen	29	595
e) Güterstandsklausel	30	595
f) Vorkaufs-, Ankaufs- und Andienungsrechte.	31	595
III. Nachfolgeregelungen bei AG und KGaA	32	596
1. Allgemeines.	32	596
2. Einziehungsklausel	34	596
3. Regelungen außerhalb der Satzung	38	597
IV. Haftung	39	597
§ 49 Der Beirat als Kontrollinstrument	1	598
I. Allgemeines	1	598
1. Begriff.	1	598
2. Rechtsgrundlagen	2	598
3. Abgrenzung zu anderen Gremien	3	599
a) Fakultativer oder obligatorischer Aufsichtsrat/Beirat	3	599
b) Schuldrechtliche Beiräte	4	599
c) Gesellschafterausschuss	5	599
II. Bedeutung des Beirates für die Unternehmensnachfolge	6	599
III. Aufgaben und Kompetenzen	7	600
1. Grundsatz der Gestaltungsfreiheit	7	600
a) Gestaltungsfreiheit.	7	600
b) Grenzen der Gestaltungsfreiheit	9	600
2. Zuweisung von Aufgaben und Kompetenzen der Gesellschafter	10	601
a) Überwachungsfunktion	10	601
b) Personalentscheidungen.	11	601
c) Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses	12	601
d) Zustimmung zur Übertragung oder Teilung von Geschäftsanteilen	13	602
e) Weisungsbefugnisse	14	602
3. Zuweisung von Aufgaben aus dem Bereich der Geschäftsführung	15	602
4. Sonstige Aufgaben	16	602
5. Informationsrechte.	17	602
IV. Errichtung, Organisation	18	603
1. Anzahl.	18	603
2. Bestellung, Entsendungsrechte.	19	603
3. Dauer und Beendigung der Amtszeit	20	603
4. Persönliche Voraussetzungen	21	604
5. Innere Ordnung, Beschlussfassung, Verfahren	22	604
6. Fehlerhafte Beiratsbeschlüsse	23	605

	Rn	Seite
V. Rechtsstellung der Beiräte	24	605
1. Körperschaftliches Rechtsverhältnis/Geschäftsbesorgungsver- hältnis	24	605
2. Sorgfalts- und sonstige Pflichten	25	605
3. Haftung	26	606
§ 50 Die Stiftung	1	607
I. Allgemeines	1	607
1. Bedeutung	1	607
2. Stiftungsbegriff	2	607
II. Sonderformen der Stiftung	3	608
1. Familienstiftung	3	608
2. Unternehmensverbundene Stiftungen	4	608
a) Unternehmensträgerstiftung	4	608
b) Die Stiftung als Beteiligungsträger	5	609
c) Zweckverwirklichungsbetrieb, Dotierungsquelle	6	609
III. Zweck der Stiftung als Organisationsform im Rahmen der Unter- nehmensnachfolge	7	609
IV. Errichtung einer Stiftung	11	610
1. Entstehungstatbestände	11	610
a) Errichtung als Rechtsgeschäft unter Lebenden (§§ 80, 81 BGB)	11	610
b) Stiftung von Todes wegen (§§ 80, 83 BGB)	13	611
2. Inhalt des Stiftungsgeschäftes	14	611
a) Stiftungszweck	14	611
b) Stiftungsvermögen	17	612
c) Stiftungsorganisation	20	613
d) Stiftungsname und Sitz	23	614
e) Stiftungsverfassung	25	614
3. Genehmigung	27	615
4. Stiftungsaufsicht	28	615
V. Aufhebung, Erlöschen, Vermögenanfall	29	616
VI. Stiftung & Co. KG	31	616

D. Steuerrecht

§ 51 Unternehmensveräußerung	1	619
I. Einkommen-/Körperschaftsteuer	2	619
1. Veräußerung von Einzelunternehmen und Personengesell- schaftsanteilen	4	620
a) Veräußerer	6	621
b) Gegenstand der Veräußerung	7	621
aa) Ganzer Gewerbebetrieb	8	621
bb) Teilbetrieb	19	625
cc) 100 %ige Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft	27	628
dd) Mitunternehmeranteil	31	630
c) Veräußerungsvorgang	43	637
aa) Veräußerung eines ganzen Gewerbebetriebes	46	639
bb) Veräußerung eines Teilbetriebs	52	641
cc) Veräußerung einer 100 %igen Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft	53	642
dd) Veräußerung eines Mitunternehmeranteils	55	642
d) Gewinnerzielungsabsicht	58a	644

	<i>Rn</i>	<i>Seite</i>
e) Veräußerungsgewinn	59	644
aa) Veräußerungszeitpunkt	63	645
bb) Veräußerungspreis	66	646
cc) Veräußerungskosten	83	654
dd) Buchwert des Betriebsvermögens.	84	655
ee) Freibetrag	88	658
ff) Tarifbegünstigung	99	663
gg) Steuerermäßigung bei Einkünften aus Gewerbebetrieb, § 35 EStG	113b	676
hh) Rücklage nach § 6 b EStG	114	677
f) Besteuerungswahlrecht	116	678
g) Laufender Gewinn/Verlust	123	681
h) Behandlung beim Erwerber	130	686
2. Veräußerung von Kapitalgesellschaftsanteilen	145	692
a) Veräußerung von im Privatvermögen gehaltenen relevanten Beteiligungen	146	693
aa) Begriff der Anteile an einer Kapitalgesellschaft	147	693
bb) Begriff der 1 %igen Beteiligung	148	694
cc) Begriff der Veräußerung und Veräußerungszeitpunkt	165	702
dd) Gewinnerzielungsabsicht	168	704
ee) Veräußerungsgewinn.	169	704
ff) Halbeinkünfteverfahren	181a	715
gg) Freibetrag, Freigrenze	182	715
hh) Tarifvergünstigung	189	717
ii) Veräußerungsverlust	193	717
jj) Besteuerungswahlrecht.	214	722
b) Veräußerung von im Privatvermögen gehaltenen unrelevan- ten Beteiligungen	216	724
c) Veräußerung von im Betriebsvermögen gehaltenen Beteili- gungen	217	725
d) Private Veräußerungsgeschäfte	219	726
e) Laufender Gewinn/Verlust	225	727
f) Behandlung beim Erwerber	226	728
II. Gewerbesteuer.	231	729
1. Veräußerung von im Privatvermögen gehaltenen Kapital- gesellschaftsanteilen	231	729
2. Veräußerungsgewinne bei Betriebsvermögen	232	729
a) Veräußerung von Betrieben oder Teilbetrieben	235	731
b) Veräußerung von Mitunternehmeranteilen	236	731
c) Veräußerung von Kapitalgesellschaftsanteilen	237	732
d) Übersicht	241	735
3. Die Behandlung von gewerbesteuerlichen Verlustvorträgen	242	735
III. Schenksteuer	254	742
IV. Grunderwerbsteuer	255	742
V. Umsatzsteuer	259	744
1. Geschäftsveräußerung	260	744
a) Gegenstand der Geschäftsveräußerung	261	744
b) Übereignung oder Einbringung im Ganzen	265	746
c) An einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen	266	747
d) Rechtsfolgen der Nichtsteuerbarkeit	269	748
2. Veräußerung von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft.	274	750
3. Veräußerung von Anteilen an einer Personengesellschaft	275	750
4. Die Veräußerung begleitende Nebengeschäfte	275a	751

	Rn	Seite
VI. Abgabenordnung	276	751
1. Anzeigepflichten	277	751
2. Haftung des Eigentümers von Gegenständen nach § 74 AO	280	752
a) Wesentliche Beteiligung	281	752
b) Eigentümer von Gegenständen	286	754
c) Dem Unternehmen dienende Gegenstände	287	754
d) Haftungsumfang	288	754
3. Die Haftung des Betriebsübernehmers nach § 75 AO	289	755
a) Unternehmen oder Teilbetrieb	290	755
b) Übereignung	291	755
c) „Im Ganzen“	292	756
d) Haftungsumfang	294	756
4. Sonstige haftungsrechtliche Vorschriften außerhalb der Abgabenordnung	297	757
§ 52 Unternehmensaufgabe	1	758
I. Einkommen-/Körperschaftsteuer	1	758
1. Aufgabe von Einzelunternehmen und Personengesell- schaften	2	759
a) Aufgebender	3	759
b) Gegenstand der Aufgabe	4	759
aa) Ganzer Gewerbebetrieb	4	759
bb) Teilbetrieb	5	760
cc) 100%ige Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft	6	761
dd) Mitunternehmeranteil	7	761
c) Aufgabevorgang	9	763
aa) Aufgabe eines ganzen Gewerbebetriebes	14	764
bb) Aufgabe eines Teilbetriebes	31	771
cc) Aufgabe einer 100%igen Beteiligung an einer Kapital- gesellschaft	33	772
dd) Aufgabe eines Mitunternehmeranteils	35	773
d) Gewinnerzielungsabsicht	36g	777
e) Aufgabegewinn	37	777
aa) Aufgabezeitpunkt	40	778
bb) Aufgabepreis	41	779
cc) Aufgabekosten	45	782
dd) Sonstige Aufwendungen	46	782
ee) Buchwert des Betriebsvermögens	47	782
ff) Freibetrag	48	782
gg) Tarifvergünstigung	49	783
hh) Steuerermäßigung bei Einkünften aus Gewerbebetrieb, § 35 EStG	49a	783
ii) Rücklage nach § 6 b EStG	50	783
f) Laufender Gewinn/Verlust	51	783
g) Behandlung beim Erwerber	53	784
2. Auflösung und Liquidation von Kapitalgesellschaften	54	785
a) Besteuerung auf der Ebene der Gesellschaft	55	785
aa) Anwendungsbereich	55	786
bb) Abwicklungs- und Besteuerungszeitraum	57	786
cc) Abwicklungsgewinn	60	788
dd) Besteuerung	65	790
b) Besteuerung auf der Ebene des Gesellschafters	66	791
aa) Liquidationsauskehrungen von im Privatvermögen gehaltenen relevanten Beteiligungen	68	792

	Rn	Seite
bb) Liquidationsauskehrungen von im Privatvermögen gehaltenen nicht relevanten Beteiligungen	72	793
cc) Liquidationsauskehrungen von im Betriebsvermögen gehaltenen Beteiligungen	73	794
II. Gewerbesteuer.	74	794
III. Schenkungsteuer	76	795
IV. Grunderwerbsteuer	77	796
V. Umsatzsteuer	78	796
VI. Abgabenordnung	79	796
§ 53 Unternehmensverpachtung	1	796
I. Einkommen-/Körperschaftsteuer.	1	796
1. Wahlrecht des Verpächters	2	797
a) Sachliche Voraussetzungen	3	797
b) Persönliche Voraussetzungen	9	799
2. Betriebsfortführung	13	800
3. Betriebsaufgabe	17	803
4. Betriebsübertragung.	20	805
5. Entfallen des Wahlrechts	23	807
II. Gewerbesteuer.	24	807
III. Grunderwerbsteuer.	26	809
IV. Umsatzsteuer	27	809
V. Abgabenordnung	28	809
§ 54 Erbfall	1	810
I. Erbschaftsteuer	2	811
1. Erwerb von Todes wegen	3	812
2. Ermittlung des steuerpflichtigen Erwerbs	11	823
a) Wertermittlung	12	823
aa) Einzelunternehmen und Personengesellschaften	13	823
bb) Kapitalgesellschaften	30	832
cc) Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	32a	835
dd) Betriebsvermächtnis	33	837
ee) Vermächtnis bezüglich einzelner Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens	34	838
ff) Vermächtnisnießbrauch am Betriebsvermögen	35	839
b) Nachlassverbindlichkeiten	38	840
aa) Erblasserverbindlichkeiten.	39	840
bb) Erbfallsschulden	42	841
cc) Erbfallskosten	43	842
c) Sachliche Steuerbefreiungen	44	843
aa) Sachliche Voraussetzungen.	45	843
bb) Begünstigungen.	52	848
cc) Nachsteuertatbestände	59	855
dd) Verzicht auf die Begünstigung	68	868
ee) Familienstiftung	69	869
3. Steuerklassen	70	869
4. Freibeträge	71	870
5. Steuertarife	73	874
II. Einkommen-/Körperschaftsteuer.	75	876
1. Besteuerung des Erblassers	75	876
2. Besteuerung des Alleinerben bei Übergang eines Einzelunternehmens.	76	877
3. Besteuerung einer Erbengemeinschaft bei Übergang eines Einzelunternehmens.	79	879

	Rn	Seite
a) Erbengemeinschaft als Mitunternehmerschaft	80	879
b) Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft	83	880
aa) Verfügung über Erbanteile	84	881
bb) Ausscheiden von Miterben	85	881
cc) Veräußerung der Nachlassgegenstände	88	882
dd) Realteilung ohne Ausgleichszahlung	89	883
ee) Realteilung mit Ausgleichszahlung	93	885
ff) Teilerbauseinandersetzung	96	887
4. Personengesellschaftsanteil als Nachlassgegenstand	99	888
a) Liquidation der Gesellschaft	100	888
b) Fortsetzungsklausel	101	889
c) Übernahmeklausel	104	891
d) Einfache Nachfolgeklausel	105	891
e) Qualifizierte Nachfolgeklausel	107	892
f) Teilnachfolgeklausel	109	893
g) Eintrittsklausel	110	893
5. Land- und forstwirtschaftlicher Betrieb als Nachlassgegenstand	112	895
6. Kapitalgesellschaftsanteil als Nachlassgegenstand	114	896
7. Erbfallschulden	117	897
a) Sachvermächtnis	118	898
b) Nießbrauchsvermächtnis	121	900
aa) Nießbrauch an einem Einzelwirtschaftsgut	122	900
bb) Nießbrauch am Einzelunternehmen	123	900
cc) Nießbrauch am Personengesellschaftsanteil	127	902
dd) Nießbrauch am Kapitalgesellschaftsanteil	130	904
c) Rentenvermächtnis	131	904
d) Stille Gesellschaft als Vermächtnis	134	905
e) Unterbeteiligung als Vermächtnis	135	906
f) Sonstige Vermächtnisse	136	906
8. Testamentsvollstreckung	137	906
III. Gewerbesteuer	141	909
IV. Grunderwerbsteuer	143	911
V. Umsatzsteuer	144	912
VI. Verfahrensrecht	149	914
VII. Reparatur einer verunglückten Erbfolge	158	917
1. Erfüllung unwirksamer Verfügungen von Todes wegen	159	918
2. Auslegung nach dem Erblasserwillen	162	919
3. Ausschlagung und Anfechtung der Annahme	163	919
a) Ausschlagung gegen Versorgungsleistungen	166	920
b) Ausschlagung und Geltendmachung des Pflichtteils	167	921
c) Ausschlagung gegen Abfindung	168	921
4. Erbvergleich	171	923
5. Sachspende	172	923
6. Typische Gestaltungssituationen	173	924
a) Widerspruch zum gesellschaftsvertraglichen Erbgang	173	924
b) Vermächtnisweise Zuwendung von Betriebsvermögen	174	925
c) Betriebsaufspaltungen	175	926
d) Ausgleichszahlungen im Rahmen der Erbauseinandersetzung	176	926
§ 55 Vorweggenommene Erbfolge	1	927
I. Erbschaft-/Schenkungssteuer	2	927
1. Schenkung unter Lebenden	3	928
2. Ermittlung des steuerpflichtigen Erwerbs	10	930
a) Gemischte Schenkung und Schenkung unter Auflage	11	931

	Rn	Seite
b) Nießbrauch	15	933
c) Sachliche Steuerbefreiungen	17	934
3. Steuerberechnung	22	938
II. Einkommen-/Körperschaftsteuer.	23	938
1. Abgrenzung von entgeltlichen und unentgeltlichen Übertragungen.	26	939
2. Sonderproblematik im Bereich der wiederkehrenden Leistungen	33	943
a) Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen	38	946
b) Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen (Typus 2)	75	973
c) Nachträgliche Umschichtung des übertragenen Vermögens .	85	976
d) Vermögensübergabe gegen Austauschleistung (Gegenleistungsrente)	89	979
e) Vermögensübergabe gegen Unterhaltsleistungen	98	982
3. Unentgeltliche Übertragungen	103	984
a) Unentgeltlicher Erwerb.	104	985
b) Versorgungsleistung	106	985
c) Unterhaltsleistung	108	988
4. Entgeltliche (teilentgeltliche) Übertragungen	109	988
5. Übertragung unter Nießbrauchsvorbehalt	114	989
a) Nießbrauch an einem Einzelunternehmen	115	990
b) Nießbrauch an einem Einzelwirtschaftsgut	118	991
c) Nießbrauch an einem Personengesellschaftsanteil	120	991
d) Nießbrauch an einem Kapitalgesellschaftsanteil	123	992
III. Gewerbesteuer.	125	993
IV. Grunderwerbsteuer.	127	994
V. Umsatzsteuer	128	995
VI. Verfahrensrecht	129	995

E. Gestaltung der Nachfolge durch Umwandlung des Unternehmens

1. Abschnitt. Überblick

§ 56 Allgemeines	1	997
I. Bedeutung von Umwandlungen im Rahmen der Unternehmensnachfolge	1	997
II. Die Interessen der Beteiligten	6	999
1. Interessen bei der Bestimmung des Ziels der Nachfolgeregelung	7	999
a) Interessen des Unternehmers	8	999
b) Interessen des Unternehmer-Nachfolgers.	14	1000
c) Interessen anderer Erben	17	1001
d) Interessen des Unternehmens.	20	1001
2. Interessen bei der Entscheidung über die Durchführung der Umwandlung.	25	1002
III. Größe des umzuwandelnden Unternehmens	30	1003
§ 57 Möglichkeiten der Umwandlung	1	1004
I. Umwandlungsmethoden	1	1004
1. Vorgehen nach dem UmwG	1	1004
2. Andere Umwandlungsmethoden	5	1005
II. Umwandlungsarten	8	1005

	<i>Rn</i>	<i>Seite</i>
1. Verschmelzung	9	1006
2. Spaltung	12	1006
3. Formwechsel	14	1007
III. Beteiligte Rechtsträger	16	1007
1. Begriff des Rechtsträgers	16	1007
2. Verschmelzungen	17	1008
3. Spaltung	20	1008
4. Formwechsel	21	1008
5. Anwachsung	23	1009
6. Einzelrechtsübertragung	25	1009
§ 58 Der richtige Zeitpunkt	1	1010
I. Vorweggenommene Erbfolge und Erbauseinandersetzung	1	1010
II. Zweck der Umwandlung	4	1011
III. Betriebliche Notwendigkeiten	6	1011
IV. Steuerliche Überlegungen	8	1012
V. Überlegungen zum Umwandlungsvorgang	13	1014
 2. Abschnitt. Die Umwandlung des Unternehmens als Gestaltungsmittel		
§ 59 Wechsel in haftungsbegrenzte Rechtsform	1	1015
I. Interessenlage	1	1015
II. Erleichterungen durch das Nachhaftungsbegrenzungsgesetz	5	1016
1. Rechtslage nach altem Recht	5	1016
2. Rechtslage nach neuem Recht	7	1016
III. Durchführung der Umwandlung	9	1017
§ 60 Schrittweise Übertragung des Unternehmens auf die Nachfolger	1	1018
I. Gründung einer Familiengesellschaft	1	1018
II. Restrukturierung einer bereits vorhandenen Gesellschaft als Familiengesellschaft	5	1019
1. Formwechsel einer GmbH & Co. KG in eine GmbH	6	1020
a) Fallbeispiel	6	1020
b) Lösungsmodell	7	1020
c) Durchführung der Umwandlung	11	1022
2. Formwechsel einer GmbH in eine GmbH & Co. KG	13	1023
a) Fallbeispiel	13	1023
b) Lösungsmodell	14	1023
c) Durchführung der Umwandlung	18	1024
§ 61 Ausgleich zwischen dem Unternehmer-Nachfolger und anderen Erben oder zwischen mehreren Unternehmer-Nachfolgern	1	1024
I. Aufteilung des Unternehmens zur Überleitung auf verschiedene Unternehmer-Nachfolger	1	1024
1. Spaltung im Rahmen der vorweggenommenen Erbfolge	3	1025
a) Fallbeispiel	3	1025
b) Lösungsmodell	4	1025
c) Durchführung der Umwandlung	6	1026
2. Spaltung zur Erbauseinandersetzung	8	1026
a) Fallbeispiel	8	1026
b) Lösungsmodell	9	1026
c) Durchführung der Spaltung	13	1029
II. Abspaltung von Unternehmensteilen zur Vorbereitung einer Teilveräußerung	14	1029
1. Fallbeispiel	17	1030
2. Lösungsmodell	18	1030
3. Durchführung der Umwandlung	20	1032

	Rn	Seite
III. Sicherung der Überleitung von GmbH-Anteilen auf den Unternehmer-Nachfolger	21	1032
1. Interessenlage	21	1032
2. Lösungsmodell	23	1033
3. Durchführung der Umwandlung	26	1034
§ 62 Fehlen eines Unternehmer-Nachfolgers	1	1034
I. Ermöglichung von Dritt-Management	1	1034
1. Interessenlage	1	1034
2. Lösungsmodell, Durchführung der Umwandlung	4	1035
II. Stärkung des Management, Zugang zum Kapitalmarkt	10	1036
1. Formwechsel einer GmbH in eine AG zur Unternehmens- sicherung	10	1036
2. Die „kleine AG“	14	1037
a) Ziele und Inhalt der gesetzlichen Regelung	15	1037
b) Vergleich „kleine AG“/GmbH	25	1039
§ 63 Steuerliche und bilanzielle Erwägungen	1	1040
I. Umwandlungsvorgang	1	1040
1. Vermeidung eines steuerpflichtigen Umwandlungsgewinns	2	1041
2. Vermeidung eines handelsrechtlichen Übernahmeverlustes	7	1042
3. Übertragung vorhandener steuerlicher Verlustvorträge	8	1042
4. Grunderwerbsteuer	9	1042
II. Umwandlungen zur steuerlichen Optimierung der Nachfolge	10	1043
1. Formwechsel in die Personengesellschaft	11	1043
2. Steuerliche Optimierung von Familiengesellschaften	15	1045
3. Steuerliche Optimierung von Grundbesitzgesellschaften	17	1046
3. Abschnitt. Durchführung der Umwandlung		
§ 64 Vorgehen nach dem Umwandlungsgesetz	1	1047
I. Allgemeines	1	1047
1. Typenzwang	2	1047
2. Beschränkung auf das Inland	3	1048
3. Gesamtrechtsnachfolge	6	1052
II. Möglichkeiten der Umwandlung	7	1052
1. Verschmelzung	9	1053
a) Regelfall: Seitwärts-Verschmelzung (Verschmelzung von Schwestergesellschaften)	10	1053
b) Ausnahme: Aufwärts-Verschmelzung (Vertikale Verschmelzung)	12	1053
c) Vermeidung der Seitwärts-Verschmelzung bei beteiligungs- gleichen Schwestergesellschaften	15	1054
2. Spaltung	18	1056
a) Aufspaltung	19	1056
b) Abspaltung	22	1057
c) Ausgliederung	25	1057
3. Formwechsel	28	1058
III. Voraussetzungen übertragender Umwandlungen	29	1058
1. Umwandlungsvertrag	30	1058
a) Organzuständigkeit	30	1058
b) Beurkundung/Kosten	31	1059
c) Wesentlicher Inhalt	33	1060
d) Zuleitung des Umwandlungsvertrages an den Betriebsrat (§§ 5, 126 Abs. 3 UmwG)	46	1064
2. Umwandlungsbericht (§§ 8, 127 UmwG)	49	1065

	<i>Rn</i>	<i>Seite</i>
3. Umwandlungsprüfung (§§ 9 ff., 125 UmwG)	50	1065
4. Umwandlungsbeschlüsse (§§ 13, 125 UmwG)	53	1066
5. Anmeldung und Eintragung (§§ 16 ff., 129 ff. UmwG)	54	1067
a) Inhalt und Anlagen der Handelsregisteranmeldung.	55	1067
b) Wirkungen der Eintragung.	57	1068
6. Allgemeine Gründungsvoraussetzungen	58	1069
7. Check-Liste/Zeitplan	59	1069
IV. Einzelfragen	72	1072
1. Formwechsel einer GmbH in eine GmbH & Co. KG	73	1072
a) Allgemeines, Problemstellung	73	1072
b) Ablauf der Umwandlung	77	1074
2. Minderheitenschutz	84	1077
a) Rechte der Minderheitsgesellschafter	85	1077
b) Verhinderung missbräuchlicher Anfechtungsklagen	89	1079
3. Auswirkungen auf Verbindlichkeiten und Verträge	91	1080
§ 65 Andere Methoden der Umwandlung	1	1082
I. Überblick	1	1082
II. Anwachsungsmodelle	4	1083
1. Allgemeines.	4	1083
2. Einfaches Anwachsungsmodell	6	1084
3. Erweitertes Anwachsungsmodell	9	1085
III. Einzelrechtsübertragung	11	1086
1. Allgemeines.	11	1086
2. Ausgliederung	13	1087
3. Wirtschaftliche Verschmelzung	15	1088
4. Wirtschaftliche Spaltung	17	1089
5. Realteilung	24	1091
a) Realteilung ohne Spitzenausgleich	30	1093
b) Realteilung mit Spitzenausgleich	32	1094
§ 66 Wahl der richtigen Umwandlungsmethode	1	1094
I. Überblick	1	1094
II. Steuerliche Erwägungen	4	1095
III. Zeit- und Kostenaufwand der Restrukturierung	8	1097
IV. Beteiligung von Gläubigern und Vertragspartnern.	11	1098
V. Vertraulichkeit.	14	1099
VI. Arbeitsrechtliche Erwägungen	16	1099
VII. Im UmwG nicht geregelte Fälle.	22	1103
VIII. Sonstige Überlegungen	25	1105

4. Abschnitt. Grundlagen des Umwandlungssteuerrechts

§ 67 Allgemeines zum Umwandlungssteuergesetz	1	1106
I. Reichweite des UmwStG	1	1106
II. Systematik des UmwStG	5	1107
§ 68 Steuerliche Auswirkungen der Verschmelzung	1	1109
I. Verschmelzung von Kapitalgesellschaften auf Personengesell- schaften.	2	1109
1. Auswirkungen bei der übertragenden Kapitalgesellschaft	6	1110
2. Auswirkungen bei der übernehmenden Personengesellschaft	10	1111
a) Vermeidung eines (handelsrechtlichen) Übernahme- verlustes	10	1111
b) Eintritt in die Rechtsstellung der übertragenden Körper- schaft.	12	1113
c) Keine Übernahme des Verlustvortrages	14	1114

3. Auswirkungen bei den Gesellschaftern der übernehmenden Personengesellschaft	16	1114
a) Anteile im Betriebsvermögen, Beteiligungen i. S. d. § 17 Abs. 1 EStG im Privatvermögen und gleichgestellte Fälle	18	1114
b) Beteiligungen von weniger als 1 % im Privatvermögen	24	1117
II. Verschmelzung von Kapitalgesellschaften auf Kapitalgesellschaften	26	1118
1. Allgemeines	26	1118
2. Auswirkungen bei der übertragenden Körperschaft	28	1119
3. Auswirkungen bei der übernehmenden Kapitalgesellschaft	31	1120
4. Auswirkungen bei den Gesellschaftern der übertragenden Kapitalgesellschaft	36	1123
III. Verschmelzung von Personengesellschaften auf Kapitalgesellschaften	39	1124
1. Allgemeines	39	1124
2. Auswirkungen bei der übernehmenden Kapitalgesellschaft	41	1125
3. Auswirkungen bei der übertragenden Personengesellschaft	44	1126
4. Auswirkungen bei den Gesellschaftern der übertragenden Personengesellschaft	46	1126
IV. Verschmelzung von Personengesellschaften auf Personengesellschaften	48	1127
§ 69 Steuerliche Auswirkungen der Spaltung	1	1128
I. Allgemeines	1	1128
II. Auf- und Abspaltung von Kapitalgesellschaften auf Kapitalgesellschaften	3	1129
1. Überblick	3	1129
2. Voraussetzungen für die entsprechende Anwendung der Verschmelzungsvorschriften	4	1130
a) Teilbetrieb	5	1130
b) Keine Umgehung des Teilbetriebs-Erfordernisses	6	1130
c) Keine Veräußerung an Außenstehende	7	1131
d) Trennung von Gesellschafterstämmen	9	1132
3. Rechtsfolgen	17	1136
III. Auf- und Abspaltung von Kapitalgesellschaften auf Personengesellschaften	20	1137
IV. Auf- und Abspaltungen von Personengesellschaften auf Kapitalgesellschaften	24	1138
V. Auf- und Abspaltungen von Personengesellschaften auf Personengesellschaften sowie Realteilungen	26	1138
VI. Ausgliederung	29	1140
1. Überblick	29	1140
2. Ausgliederung aus Kapitalgesellschaften auf Personengesellschaften	30	1141
3. Ausgliederung aus Kapitalgesellschaften auf Kapitalgesellschaften	31	1141
4. Ausgliederung aus Personenhandelsgesellschaften auf Kapitalgesellschaften	32	1141
5. Ausgliederung aus Personengesellschaften auf Personengesellschaften	33	1142
§ 70 Steuerliche Auswirkungen des Formwechsels	1	1142
I. Allgemeines	1	1142
II. Formwechsel von Kapitalgesellschaften in Personengesellschaften	3	1142

III. Formwechsel von Personenhandelsgesellschaften in Kapitalgesellschaften	5	1144
IV. Grunderwerbsteuer	7	1144

F. Gestaltungsmodelle der Unternehmensnachfolge

§ 71 Familiengesellschaft	1	1147
I. Zweck	1	1147
II. Zivilrechtliche und steuerliche Gestaltung	4	1149
1. Gestaltungsmöglichkeiten bei Personengesellschaften	5	1149
a) Kommanditgesellschaft	6	1149
b) Typische und atypisch stille Gesellschaft	8	1150
c) Unterbeteiligung	11	1151
d) Gewinn und Verlust bei Kommanditgesellschaft, stiller Beteiligung und Unterbeteiligung	14	1152
2. Gestaltungsmöglichkeiten bei Kapitalgesellschaften	19	1154
a) GmbH	19	1154
b) Kleine Aktiengesellschaft	30	1159
c) GmbH & Co. KG	36	1160
III. Steuerliche Anerkennung	40	1161
1. Fremdvergleich	40	1161
2. Zivilrechtliche Wirksamkeit	42	1162
3. Beachtung des Regelstatutes	45	1163
4. Angemessenheit der Gewinnverteilung	47	1164
§ 72 Gründung einer Familien-Grundbesitzgesellschaft.	1	1164
I. Zweck	1	1164
II. Zivilrechtliche Gestaltung	4	1165
1. Rechtsformwahl	4	1165
2. Einbringung des Grundstücks in die Gesellschaft	8	1167
a) Kauf	8	1167
b) Schenkung	12	1167
c) Beteiligung von Minderjährigen	16	1169
3. Gestaltung des Gesellschaftsvertrages	17	1169
a) Geschäftsführung und Vertretung	17	1169
b) Verteilung von Gewinn und Verlust	20	1170
c) Gesellschafterbeschlüsse	27	1172
d) Kündigung und Übertragung von Gesellschafts- und Geschäftsanteilen	30	1173
e) Todesfall	34	1174
f) Abfindung bei Ausscheiden eines Gesellschafters	38	1175
III. Steuerliche Gestaltung	45	1177
1. Grunderwerbsteuer	45	1177
2. Umsatzsteuer	50	1179
3. Schenkungsteuer	51	1179
a) Allgemeine Grundsätze	52	1179
b) Ausnutzung des Freibetrages für gewerbliches Vermögen	54	1180
c) Abzugsfähigkeit von Schulden	57	1182
d) Gestaltung der Steuerklassen und der Progressionsbelastung	59	1184
e) Einbringung in Kapitalgesellschaft	60	1185
f) Mittelbare Grundstückschenkung	61	1185
4. Ertragsteuern	62	1186
a) Einbringungsvorgang	62	1186

	<i>Rn</i>	Seite
b) Laufende Ertragsteuern	66	1187
c) Veräußerungsvorgang	68	1187
5. Gewerbesteuer	70	1188
§ 73 Wiesbadener Modell	1	1189
I. Zweck	1	1189
II. Zivilrechtliche Gestaltung	4	1190
1. Vermeidung einer faktischen Konzernhaftung oder kapital- ersetzenden Nutzungsüberlassung	4	1190
2. Das Wiesbadener Modell	6	1191
a) Gestaltung	6	1191
b) Gefahr der faktischen Beherrschung	10	1191
c) Vorsorge für Ehescheidung und Abwehr zweckwidriger Verfügungen	11	1192
d) Höhe des Miet- oder Pachtzinses	15	1193
e) Erbregelung	16	1193
§ 74 Nachfolge beim Einzelunternehmen	1	1193
I. Einleitung	1	1193
II. Rechtsfolgen im Erbfall	2	1193
1. Alleinerbe	2	1193
2. Erbengemeinschaft	3	1194
a) Unternehmensfortführung durch Erbengemeinschaft	3	1194
b) Gemeinsame Verwaltung/Auseinandersetzungsanspruch	4	1194
3. Persönliche Haftung der Erben	6	1195
a) Beschränkte und unbeschränkte Haftung	6	1195
b) Handelsrechtliche Erbenhaftung	7	1195
c) Haftungsbeschränkung durch Umwandlung	8	1195
d) Haftung für Neuverbindlichkeiten nach Fortführung	9	1196
e) Haftung Minderjähriger	10	1196
III. Gestaltungsmöglichkeiten der Nachfolge bei Mehrheit von Erben	11	1197
1. Einzelnachfolge im Unternehmen	11	1197
a) Alleinerben-Vermächtnis-Modell	11	1197
b) Erbengemeinschaft-Vermächtnis-Modell	12	1197
c) Gestaltung der Ausgleichsleistungen	14	1197
2. Umwandlung der Einzelfirma in eine GmbH oder GmbH & Co. KG	20	1199
a) Besonderheiten der Erbfolge bei Ein-Mann-GmbH	21	1199
b) Besonderheiten der Erbfolge bei Mehrgesellschafter-GmbH	27	1201
c) Besonderheiten der Umwandlung in eine GmbH & Co. KG	29	1202
3. Probleme der Durchgriffshaftung	32	1203
§ 75 Familien-Holding	1	1204
I. Einleitung	1	1204
II. Rechtstechnik der Gründung	5	1205
1. Allgemeines	5	1205
2. Rechtsformen der Holding	7	1206
III. Rechtstechnik der Umwandlung	15	1208
1. Einbringungsmodell	15	1208
2. Bar- oder Sachgründung der Holding	18	1208
3. Erwerbmodell	19	1209
4. Auslagerung von Geschäftsbereichen in Tochtergesellschaften	20	1209
a) Aufspaltungs- und Abspaltungsmodell	21	1209
b) Ausgliederung und Ausgründung	25	1210
c) Zielstruktur	27	1210
d) Steuerliche Fragen	28	1211

	<i>Rn</i>	<i>Seite</i>
IV. Innere Ausgestaltung der Holding	29	1211
1. Führungs- oder Vermögensholding	30	1211
a) Streuung des Anteilsbesitzes	32	1212
b) Gestaltung der Gesellschafterrechte	33	1212
c) Geschäftsführerverträge, Sondergeschäftsführungsrechte, zustimmungspflichtige Geschäfte	34	1212
d) Unternehmensverträge	35	1213
2. Konzernhaftung	36	1213
V. Steuerliche Gestaltung	39	1214
§ 76 Betriebsverpachtung	1	1215
I. Einleitung	1	1215
II. Zivilrechtliche Gestaltung	4	1215
1. Form und Inhalt des Pachtvertrages	4	1215
2. Überleitung der Vertragsverhältnisse	7	1216
3. Umlaufvermögen und Inventar	9	1216
4. Pachtzins	13	1217
5. Laufzeit	14	1218
III. Steuerliche Gestaltung	15	1218
1. Betriebsaufgabe	15	1218
a) Einkommensteuer	16	1218
b) Gewerbesteuer	18	1219
2. Betriebsverpachtung im Rahmen einer Betriebsaufspaltung	19	1219
3. Abschreibung	20	1219
4. Steuerliche Würdigung	21	1220
§ 77 Unternehmensübertragung durch Schenkung	1	1220
I. Einleitung	1	1220
II. Gestaltung der Erbschaft- und Schenkungsteuer	7	1222
1. Bewertungsunterschiede zwischen Einzelfirma oder Personen- und Kapitalgesellschaft	7	1222
a) Bewertung von Personengesellschaften	7	1222
b) Bewertung von Kapitalgesellschaften	10	1223
c) Bewertungsbeispiele im Vergleich	11	1224
2. Betriebsvermögensfreibetrag und Bewertungsabschlag nach § 13 a ErbStG	14	1225
a) Begünstigtes Betriebsvermögen	15	1225
b) Behaltensfrist	17	1226
c) Erklärung des Schenkers und des Erblassers	20	1227
d) Verbrauch des Freibetrages	23	1227
e) Vermächtnis und Teilungsanordnung	24	1228
f) Bewertungsabschlag nach § 13 a ErbStG	26	1228
g) Zuweisung von Betriebsvermögensfreibetrag und Bewer- tungsabschlag	29	1231
3. Ausnutzung der Steuerklassen und Freibeträge bei Übertragung auf Kinder und Enkelkinder	30	1231
a) Vererbung an Enkelkind mit Barvermächtnis für Tochter (Ausnutzung des Generationensprunges)	31	1231
b) Berliner Testament und Alternative	32	1232
c) Kettenschenkung (Auswirkung auf die Erbschaftsteuer)	33	1234
4. Schenkung der Schenkungsteuer	35	1235
5. Verteilung des Vermögens auf mehrere Angehörige	36	1235
§ 78 Betriebsübertragung mit laufender Gegenleistung	1	1236
I. Einleitung	1	1236
II. Vorbehaltene Rechte und Gegenleistungen des Erwerbers	3	1236

	Rn	Seite
1. Nießbrauch	3	1236
a) Zuwendungsnißbrauch	4	1237
b) Vorbehaltsnißbrauch	5	1237
c) Vorbehaltsnißbrauch an Gesellschafts- und Geschäfts- anteilen	7	1238
d) Steuerliche Behandlung der Einkünfte von Vorbehalts- nißbraucher und Erwerber	9	1238
e) Ertragsnißbrauch	15	1240
f) Schenkungsteuerliche Folgen	17	1240
g) Zusammenfassung	18	1242
2. Leibrente und dauernde Last	20	1242
a) Abgrenzung	21	1243
b) Abzug als Sonderausgabe	22	1243
c) Kein Veräußerungs- oder Aufgabegewinn	23	1243
d) Nicht abzugsfähige Unterhaltsrente	24	1244
e) Gestaltungsalternativen bei laufender Gegenleistung	25	1244
§ 79 Betriebsübertragung gegen einmalige Ausgleichsleistungen	1	1245
I. Einleitung	1	1245
II. Ertragsteuerliche Aspekte von Ausgleichsleistungen	2	1245
1. Anschaffungskosten und Veräußerungsgewinn bei Übertragung einer Einzelfirma	3	1246
2. Anschaffungskosten und Veräußerungsgewinn bei Personen- gesellschaftsanteilen	5	1246
3. Anschaffungskosten und Veräußerungsgewinn bei Kapital- gesellschaftsanteilen	7	1247
a) Anteile im Privatvermögen	8	1247
b) Anteile im Betriebsvermögen	10	1248
4. Zusammenfassung	11	1249
III. Schenkungsteuerliche Aspekte von Ausgleichsleistungen	13	1249
1. Bewertung von Ausgleichsleistungen	14	1249
a) Ausgleich aus dem Vermögen des Erwerbers	14	1249
b) Ausgleich aus dem übernommenen Vermögen	15	1249
2. Rentenverpflichtung als Ausgleichsleistung	17	1250
3. Steuerlicher Wert der Ausgleichsleistung	18	1251
4. Schuldübernahme als Ausgleichsleistung	20	1252
5. Erb- und Pflichtteilsverzicht gegen Ausgleichsleistung	22	1253
§ 80 Vermächtnis und Teilungsanordnung	1	1254
I. Einleitung	1	1254
II. Unterschiede zwischen Vermächtnis und Teilungsanordnung	2	1254
1. Grundlegende Unterschiede	2	1254
2. Vorausvermächtnis	3	1254
3. Auslegungsfragen	4	1254
4. Testiermöglichkeiten	5	1255
III. Gestaltung von Vermächtnissen	9	1256
1. Gestaltung von Forderungsvermächtnissen	10	1257
2. Sonderbetriebsvermögen und Vermächtnis	12	1257
3. Rentenvermächtnis	17	1258
a) Erbschaftsteuer	18	1259
b) Ertragsteuern	21	1260
4. Sonderfall Betriebsrentenvermächtnis	25	1261
5. Nießbrauchsvermächtnis	29	1263
a) Erbschaftsteuer	30	1263
b) Ertragsteuer	32	1264

	<i>Rn</i>	Seite
IV. Gestaltung von Teilungsanordnungen	35	1264
1. Erbschaftsteuer bei Teilungsanordnungen	36	1265
2. Ertragsteuer bei Teilungsanordnungen	38	1267
a) Realteilung und Ausgleichzahlung bei Betriebsvermögen . .	38	1267
b) Teilungsanordnungen bei Mischnachlässen	40	1269
c) Realteilung von Privatvermögen	46	1270
§ 81 Gestaltung des Güterstandes	1	1271
I. Einleitung	1	1271
II. Zivilrechtliche Gestaltung	2	1271
III. Erbschaftsteuer	3	1272
§ 82 Pflichtteilsgestaltung	1	1275
I. Einleitung	1	1275
II. Die Pflichtteilsberechtigten	2	1275
III. Die Berechnung des Pflichtteils	3	1276
IV. Minderung des Pflichtteils durch Schenkung und Nießbrauchsvorbehalt	8	1277
V. Minderung durch Lebensversicherung	9	1278
VI. Ausschluss durch Erb- und Pflichtteilsverzicht	10	1278
VII. Minderung des Ehegattenpflichtteils durch ehelichen Güterstand .	11	1278
VIII. Minderung des Kinderpflichtteils durch ehelichen Güterstand . .	14	1279
Sachverzeichnis		1281